


[www.laender-analysen.de/ukraine](http://www.laender-analysen.de/ukraine)

## FOLGEN DER DONBAS-BLOCKADE OLIGARCHEN IM FORBES-RATING 2017 EU-VISAFREIHEIT

■ ANALYSE			
Post-Minsk-Realität: die Folgen der Donbas-Blockade durch ukrainische Rechtsradikale und der »Nationalisierung« von Unternehmen durch die »Volksrepubliken« von Katerina Bosko, Bremen	2	Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem russischen Präsidenten Putin in Sotschi	16
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		■ STATISTIK	
Unterstützung der wirtschaftlichen Isolierung der »Volksrepubliken« durch die Ukrainer	7	Oligarchen im Forbes-Rating 2017	18
Marktübersicht: wem gehören Kohlebergwerke, Wärmekraftwerke, Kokereien und Stahlwerke in der Ukraine	8	Vermögensverluste der reichsten Ukrainer: die Jahre 2016 und 2013 im Vergleich	19
■ STATISTIK		■ DOKUMENTATION	
Die ukrainische Kohle- und Stahlproduktion in aktuellen Zahlen	12	EU-Parlament stimmt Visafreiheit für die Ukraine zu	21
■ DOKUMENTATION		■ UMFRAGE	
Erklärung der Oppositionsfraktion Selbsthilfe über das »Blutgeschäft« im Donbas	14	Haltung der Ukrainer zur Visafreiheit mit der EU	21
Präsident Poroschenko über die Donbas-Blockade und die Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates	14	■ STATISTIK	
Pressemitteilungen der Gruppe SCM Rinat Achmetows zum Konflikt um die »Nationalisierung« ihrer Unternehmen	15	Erteilte Schengen-Visa für Ukrainer	23
		■ CHRONIK	
		24. April – 7. Mai 2017	25

## Post-Minsk-Realität: die Folgen der Donbas-Blockade durch ukrainische Rechtsradikale und der »Nationalisierung« von Unternehmen durch die »Volksrepubliken«

Von Katerina Bosko, Bremen

### Zusammenfassung:

Ende Dezember 2016 haben ukrainische Rechtsradikale den Beginn der Donbas-Blockade angekündigt. Nach einem Monat der Vorbereitungen haben sie die Schienen in die ATO-Zone blockiert, was die Warenlieferungen über die Kontaktlinie in beide Richtungen stoppte. Als Reaktion darauf haben die Anführer der »Volksrepubliken« die Unternehmen auf ihren Gebieten »verstaatlicht«, was wiederum die ukrainische Regierung dazu veranlasste, den Handel mit den »Volksrepubliken« vorübergehend einzustellen. Diese jüngsten Entwicklungen haben nicht nur schwere Wirtschaftsfolgen für die Ukraine. Sie haben auch die Machtverhältnisse in der Ostukraine neu strukturiert.

### Blockaden als Druckmittel

Die Organisation der Donbas-Blockade erinnert stark an die Krim-Blockade vor eineinhalb Jahren (s. [Ukraine-Analysen 158](#)). Damals haben Aktivisten der rechten Szene zusammen mit Krimtataren die Durchfahrt in die Krim gesperrt. Diesmal wurden alle wichtigen Bahnstrecken zwischen der Ukraine und den »Volksrepubliken« blockiert (s. [Ukraine-Analysen 181](#)). Dieselben Akteure – Vertreter der Bataillone Aidar und Donbas, der Maidan-Selbstverteidigung und anderer rechter Gruppierungen – haben ähnliche Forderungen gestellt. Bei der Krim-Blockade ging es um eine Abschaffung der freien Wirtschaftszone Krim, wodurch nach Ansicht der Aktivisten das »Besatzungsregime« auf der Krim finanziert und Superprofite erwirtschaftet werden konnten. Die Donbas-Blockade rechtfertigten deren Initiatoren mit der Unzulässigkeit des Handels mit dem Feind. Sie setzten solchen Handel mit einer »Finanzierung des Terrorismus« gleich und verlangten, das »Blutgeschäft« zu stoppen. Unterstützt wurden die Rechtsradikalen von den Oppositionsfraktionen Selbsthilfe und Vaterland, die die Verabschiedung eines Gesetzes forderten, das die »besetzten« Territorien im Donbas bis zur Wiederherstellung der vollständigen Kontrolle durch die ukrainische Regierung isolieren sollte. Ein paar Abgeordnete haben sogar persönlich an den Barrikaden teilgenommen und in der Öffentlichkeit aktiv für die Blockade geworben.

Die Nutzung derselben Taktik zur Beeinflussung der Entscheidungsfindung zeigt, dass Blockaden in der Ukraine bereits zum Verhaltensmuster geworden sind. Der Hauptgrund dafür ist der Erfolg der Blockade auf der Krim: Nach drei Monaten hat die ukrainische Regierung den Handel mit der Krim per Erlass teilweise eingeschränkt. Auch in diesem Jahr konnten die Rechtsradikalen ihre Ziele erreichen: Der Handel mit den »Volksrepubliken« wurde nach einer Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates vom 15. März 2017 komplett eingestellt. Die Konsequenzen

der Donbas-Blockade sind aber viel weitreichender als die der Krim-Blockade, denn sie betreffen nicht nur die Wirtschaftsentwicklung der Ukraine, sondern auch die Konstellation der Hauptakteure im Konflikt um die Ostukraine.

### Das »Geschäft« mit den »Volksrepubliken«

Die ukrainischen Oligarchen haben aus der Krim-Blockade ihre Lehren gezogen. Eine bloße Nichtzahlung von Steuern konnte man ihnen nicht mehr vorwerfen. Während die ukrainischen Firmen auf der Krim sich nach den russischen Gesetzen im Jahr 2015 ummelden mussten, so dass ihre Firmen russische Adressen haben, hat die Ukraine auf den ukrainischen Geschäftsadressen der Firmen in den separatistischen Regionen bestanden. Das hatte zur Folge, dass diese Unternehmen ihre Steuern weiterhin ans ukrainische Staatsbudget zahlten – ein Argument, das die Regierung immer wieder gegen die Blockade ins Feld führte.

Auch über die ukrainische Meldeadresse hinaus haben die ukrainischen Oligarchen bis vor kurzem die Kontrolle über ihre Unternehmen im Donbas behalten. Die Separatisten haben dieses Modell der Geschäftsbeziehungen mit der Ukraine wahrscheinlich deswegen zugelassen, weil es zum Überleben der »Volkrepubliken« beitrug. So haben die Unternehmen das Gehalt für tausende Mitarbeiter in den »Volksrepubliken« weitergezahlt, was die soziale Lage dort mindestens teilweise entspannte. Des Weiteren gibt es im seit 2016 geltenden »Steuerrecht« sowohl der »DNR« als auch der »LNR« eine – identische – Regelung über die Entrichtung von »Gebühren« für die Nutzung der Bodenschätze und die Ausfuhr von Kohle und Altmetallen. Unklar ist, ob die Unternehmen diese »Gebühren« tatsächlich gezahlt haben. Der im Besitz des Oligarchen Ihor Kolomojskij befindliche Sender »1+1« hat in diesem Zusammenhang über Manipulationen mit doppelter Registrierung berichtet.

Ebenso wie auf der Krim sind in der Grauzone des Donbas-Konflikts zahlreiche Korruptionsschemen entstanden, etwa mit Altmetall, Holz oder Kohle aus illegalen Gruben (auf Ukrainisch: *kopanki*). Regelmäßig berichten OSZE-Beobachter über die illegale Ausfuhr von Kohle aus den »Volksrepubliken« nach Russland. Außerdem gibt es in der Ukraine seit letztem Jahr ein Defizit an Metallschrott, der auch als Rohstoff in der Stahlproduktion verwendet wird. Um die Schrottexporte einzudämmen, haben die Metallurgie-Magnaten (vor allem Rinat Achmetow) im Juli 2016 ein Gesetz zur vorübergehenden Erhöhung der Zölle für dieses Produkt durchgesetzt.

Im Juni 2015 wurde der offizielle Geschäftsverkehr in der Ukraine per Erlass des Sicherheitsdienstes der Ukraine (SBU) reguliert. Seitdem durften Güterwagen aus den nichtkontrollierten Gebieten die Kontaktlinie nur an den zugelassenen Kontrollpunkten passieren, was die Donbas-Blockade im Winter 2017 natürlich wesentlich erleichtert hat. Nach Angaben der Blockade-Aktivisten hat der SBU bis zum Jahresende 2016 65.000 Genehmigungen für Warenlieferungen aus der Ukraine in die »Volksrepubliken« und 32.000 in umgekehrter Richtung erteilt. Für die Ukraine war dieses neue Modell der Beziehungen auch deswegen wichtig, weil es eine Fortsetzung der Produktion rein rechtlich gerade noch zuließ. Obwohl diese Territorien nicht unter ukrainischer Kontrolle standen, unterlagen sie formal gesehen ukrainischen Gesetzen, was Exporte ins Ausland ermöglichte.

### Wirtschaftliche Folgen während der Donbas-Blockade

Die Blockade hat die Abhängigkeit der Ukraine vor allem von Anthrazit-Kohle aus den »Volksrepubliken« verdeutlicht. Diese Kohlesorte wird in der Ukraine hauptsächlich in den nichtkontrollierten Gebieten gewonnen und zur Verstromung in Wärmekraftwerken verwendet. Vor der Blockade wurde mit ihr fast ein Drittel des Stroms produziert. In den letzten drei Jahren hat die Regierung aber kaum etwas zur Verringerung dieser Abhängigkeit getan. Immer wieder hat man auf die wirtschaftlichen Kosten verwiesen: So würden Importe aus der Ferne viel mehr kosten als aus dem Donbas. Eine Reduzierung des Kohleverbrauchs wurde in der Ukraine gar nicht öffentlich diskutiert.

Infolge strategischer Kurzsichtigkeit war die Regierung auf die Blockade der für die Wärme- und Stromproduktion entscheidenden Produkte inmitten der Heizperiode überhaupt nicht vorbereitet und musste mit provisorischen Maßnahmen auf die drohende Energiekrise reagieren. Am 15. Februar hat sie den Ausnahmezustand auf dem Energiemarkt verkündet. Die

Produktion von Kernenergie wurde erhöht, an Wärmekraftwerken wurden Sparmaßnahmen eingeführt. Dementsprechend hat sich der Strommix des Landes in kurzer Zeit wesentlich verändert – der Anteil der Kernenergie stieg von 50 % zu Beginn der Blockade auf 63 % im Februar 2017 an, während der Anteil der Wärmekraftwerke im gleichen Zeitraum von 38 auf 26 % fiel. Aufgrund des Kohlemangels wurde inzwischen die Arbeit der fünf mit Anthrazit-Kohle betriebenen Wärmekraftwerke eingestellt, was fast die Hälfte der installierten Leistung aller Wärmekraftwerke in der Ukraine ausmacht (s. Tabelle 2 auf S. 9).

Neben den Stromproduzenten haben in der Ukraine auch die Metallurgen durch die Blockade der Produktionsketten gelitten. Blockiert wurden nicht nur Lieferungen von Anthrazit-Kohle in die Ukraine, sondern auch Lieferungen von Eisenerz aus der Ukraine an die Stahlwerke in den nichtkontrollierten Gebieten. Nach einem Monat der Blockade haben deswegen drei Stahlwerke ihre Produktion eingestellt. Zwei weitere Stahlwerke außerhalb der ATO-Zone waren vom Lieferstopp der Kokskohle aus den »Volksrepubliken« betroffen.

### Reaktion der ukrainischen Regierung

Der Vorwurf der Doppelmoral seitens der Blockade-Aktivisten war also berechtigt. Die ukrainische Regierung hat den Handel mit den »Volksrepubliken«, vor allem mit Kohle, auch gar nicht geleugnet. Der politischen Logik der Aktivisten wurde aber eine wirtschaftliche Logik gegenübergestellt. So hat Ministerpräsident Wolodymyr Hrojsman die Blockade mehrfach öffentlich kritisiert und dabei stets die verheerenden wirtschaftlichen Folgen für die ganze Ukraine betont. Auch Präsident Poroschenko hat sich gegen die Blockade gestellt. In einer gemeinsamen Erklärung haben die Koalitionsparteien Block Petro Poroschenko und Volksfront dazu aufgerufen, die Blockade einzustellen.

Trotz dieser Kritik hat die Regierung es nicht gewagt, die Blockade gewaltsam aufzulösen. Der Grund dafür ist wahrscheinlich die Angst vor einer neuen Protestwelle. Immerhin sind die Unterstützungswerte der Regierung und des Präsidenten auf einem Tiefpunkt. Außerdem wird die Blockade von einem Großteil der Bevölkerung unterstützt. In einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums vom September 2016 haben sich etwa 42 % der Ukrainer für eine wirtschaftliche Isolierung der »Volksrepubliken« ausgesprochen (s. Grafiken 1–2 auf S. 7). Die meisten Vertreter dieser Idee waren die Bewohner der Regionen im Westen und im Zentrum der Ukraine (63 bzw. 54 %). Aber auch im Süden und Osten des Landes teilte jeder Vierte diese Meinung (30 bzw. 26 %), auch wenn die relative Mehrheit dagegen war. Nach der aktiven Bewerbung der Blockade in den

folgenden Wintermonaten hätte man annehmen können, dass die Zahl der Anhänger eines völligen Abbruchs des Handels mit den »Volksrepubliken« steigen würde. Darüber hinaus hat eine ganze Reihe von Stadt- und Regionalräten einen Appell an den Präsidenten unterschrieben, der diesen aufruft, die Forderungen der Aktivisten zu erfüllen.

Auch die Versuche der Regierung, eine Einigung mit den Aktivisten der Blockade zu erzielen, sind gescheitert. Zur Versöhnung hat Hrojsman eine Regierungsverordnung über Warenlieferungen in die ATO-Zone versprochen, was die Nationalisten allerdings abgelehnt haben. Eine solche Verordnung hat immerhin die Regierung am 1. März unterzeichnet. Sie hat aber am tatsächlichen Stand der Dinge nichts geändert. Lediglich die Kontrolle über den Handel wurde vom Sicherheitsdienst auf die Regierung übertragen. Im Endeffekt hat die ukrainische Führung auf die »Nationalisierung« der Unternehmen erst zwei Wochen später reagiert. Somit hat der Nationale Sicherheitsrat in seiner Entscheidung vom 15. März die neue Realität lediglich im Nachhinein festgestellt. Damit hat er aber der Forderung der Nationalisten nachgegeben.

### **Folgen der »Nationalisierung« für die Ukraine und die Oligarchen**

Die »Nationalisierung« vom 1. März ist nicht die erste in den »Volksrepubliken«. Schon früher haben die Separatisten einige Unternehmen der alten Donbas-Elite und ein paar Maschinenfabriken von Rinat Achmetow unter ihre Kontrolle gebracht. Bis vor kurzem haben sie es aber nicht gewagt, den Kernbesitz der Oligarchen – die Metallurgie – zu beschlagnahmen. Dieser neue Schritt verändert die Machtverhältnisse im Donbas wesentlich und führt zu einer Vertiefung der Wirtschaftskrise in der Ukraine.

Die meisten der mehr als 40 Unternehmen, die die Führung der »Volksrepubliken« Anfang März »nationalisiert« hat, gehören zum Geschäftsimperium Achmetows. Die wichtigsten Verluste sind in zwei Branchen zu verzeichnen – der Metallurgie und der Energiewirtschaft. In der Metallurgie hat der Oligarch ein Stahlwerk (25 % der Stahlproduktion der Gruppe), zwei Kokereien, ein Röhrenwerk und zwei Bergbauwerke zur Produktion von Kalkstein und Kokskohle verloren (s. Dokumentation auf S 16 und Tabellen 1–4 auf S. 8–11). Die freigewordenen Ressourcen des für das Hüttenwerk Enakiewo bestimmten Eisenerzes musste Achmetow nach China exportieren.

Die Verluste der Energiewirtschaft schätzt die Gruppe DTEK auf 7 % des Umsatzes oder 15 % des Gesamtvermögens im Jahr 2016. Insgesamt sind zehn Unternehmen betroffen, die wichtigsten davon sind ein Wärmekraftwerk und drei große Kohlebergwerke. Als Folge der Verluste hat Achmetow nun ein Defizit an

Anthrazit-Kohle für seine Wärmekraftwerke zu verzeichnen (ca. 8 Millionen Tonnen). Jetzt will er auf Gaskohle umstellen. Noch zu Janukowitsch-Zeiten wollte man gerade das Gegenteil machen, um die Abhängigkeit vom teuren russischen Gas zu verringern. Außerdem besitzt der Oligarch zwei weitere Anthrazit-Kohlebergwerke in Russland, die mit einer jährlichen Produktion von ca. 1,5 Millionen Tonnen Anthrazit-Kohle zumindest einen Teil der Nachfrage in der Ukraine abdecken. Zudem könnte die Einfuhr der Anthrazit-Kohle aus den »Volksrepubliken« über Russland ein Ausweg für den Oligarchen sein. Ob das klappt, bleibt abzuwarten. Angesichts der Ereignisse wird in der Ukraine derzeit ein Verbot von Kohleimporten aus Russland diskutiert. Trotz ihrer Aussagen hierzu hat die Regierung diesen Schritt aber bisher nicht getan.

Im Konflikt um die »Nationalisierung« hat sich Rinat Achmetow auf die Seite der Regierung gestellt. In einer Pressemitteilung vom 2. März 2017 erklärte seine Gruppe SCM, dass die Ummeldung von Geschäftsadressen auf dem Gebiet der »Volksrepubliken« unzulässig sei (s. Dokumentation auf S. 15). Der Schritt war logisch, denn eine offizielle Versteuerung durch die weltweit nicht anerkannten »Volksrepubliken« hätte eine komplette Einstellung der Exporte nach sich gezogen. Am 15. März hat SCM den Verlust der Kontrolle über seine Unternehmen in den »Volksrepubliken« offiziell bekanntgegeben.

Anders als Achmetow haben zwei weitere Gruppen, die ebenso von der »Nationalisierung« betroffen waren, keine öffentlichen Mitteilungen über Vermögensverluste herausgegeben. Dies sind die im Besitz des russischen Oligarchen Wiktor Nusenkis befindliche Holding Donezstal und die im gemeinsamen Besitz der russischen Bank WEB und des ukrainischen Oligarchen Sergij Taruta befindliche Holding ISD. Dem Förderer der orthodoxen Kirche Wiktor Nusenkis gehör(t)en in den »Volksrepubliken« ein Stahlwerk und zwei Kokereien. Ein weiteres Stahlwerk und eine Kokerei gehör(t)en der Holding ISD.

Die wirtschaftlichen Kosten der »Nationalisierung« der ukrainischen Unternehmen und der nun offiziell umgesetzten Blockade der Wirtschaftsbeziehungen mit den »Volksrepubliken« sind für die Ukraine noch nicht ganz absehbar. Die Regierung geht je nach Szenario von einem Rückgang des BIP-Wachstums um etwa 1,2 bis 2,5 % aus. Nach Berechnungen des IWF wird das Wirtschaftswachstum in der Ukraine in diesem Jahr von 2,9 % auf 2 % zurückgehen. Welche der Prognosen sich bewahrheiten wird, bleibt abzuwarten.

### **Schleichende Integration der »Volksrepubliken« in Richtung Russland**

Im April 2017 hat Bloomberg einen aufsehenerregenden Artikel publiziert, der argumentiert, dass der Kreml die

Strategie verfolgt, die beiden »Volksrepubliken« allmählich in die russische Wirtschaft zu integrieren, ohne ihr irgendeinen rechtlichen Status zu geben, um die Kosten für die Subventionierung der separatistischen Regionen zu kompensieren. Im Kreml hat man solche Pläne als »absurd« und den Artikel als »naiv und ziemlich primitiv« bezeichnet. Ob mit Absicht oder als Folge der Entwicklungen, der Fakt bleibt bestehen: In den »Volksrepubliken« vollzieht sich eine versteckte Integration in Richtung Russland.

Seit dem Beginn des Konflikts hat Russland ohne Erlaubnis der Ukraine bereits 64 »humanitäre« Konvois in die »Volksrepubliken« geschickt. Offizielle Angaben über die Kosten dieser »Hilfe« gibt es nicht, obwohl sie durch das russische Ministerium für Katastrophenschutz organisiert wird. Die Beteiligung Russlands an der Wirtschaftsentwicklung der »Volksrepubliken« geht aber weit über den formal geregelten Verkehr der »humanitären« Konvois hinaus. Die russische Zeitung Vedomosti berichtete zum Beispiel im Februar dieses Jahres über die kommerzielle Nahrungsmittelversorgung der »Volksrepubliken« (genannte Summe: 220 Millionen US-Dollar). Nach Angaben des russischen Zolls ist die Ukraine zum größten Absatzmarkt für russische Biersorten und Fleisch geworden, und das obwohl die Einfuhr von Lebensmitteln aus Russland in die Ukraine seit 2016 gesetzlich verboten ist.

Ebenso wichtig für das Überleben der »Volksrepubliken« ist die Gasversorgung aus Russland, denn seit Februar 2015 bekommen diese kein Gas mehr aus Kiew. Jährlich werden in den nichtkontrollierten Gebieten aber etwa 2 bis 2,5 Milliarden Kubikmeter Gas verbraucht, was bei den derzeitigen Gaspreisen etwa 400 Millionen US-Dollar entspricht. Ähnlich wie Lebensmittel berechnet Russland auch Gaslieferungen in die »Volksrepubliken« als »Importe der Ukraine«, obwohl die ukrainische Regierung diese Kosten nicht anerkennt und seit November 2015 gar kein russisches Gas mehr kauft.

Seit kurzem steht auch die Frage der Stromversorgung der »Volksrepubliken« wieder auf der Tagesordnung. Noch Ende 2014 haben die Ukraine und Russland einen Vertrag über Stromlieferungen auf die Krim und in den Donbas unterzeichnet. So sollte Russland den Donbas mit Strom beliefern und die Ukraine die annektierte Krim. Aufgrund der vereinbarten Tarife war der Vertrag für die Ukraine günstig, im Jahr 2015 wurde er aber aufgrund der Kampfhandlungen im Donbas und später der Krim-Blockade kaum noch erfüllt. Infolgedessen musste Russland die »Volksrepubliken« auf eigene Kosten mit Strom versorgen. Nach einigen Schätzungen wurden dabei 2,2 TWh für ca. 50 Millionen US-Dollar geliefert. Nach der Aufnahme der

Geschäftsbeziehungen mit den »Volksrepubliken« im Jahr 2016 wurde auch das Problem der Stromversorgung geregelt. Allerdings hat die ukrainische Regierung die Stromlieferungen in die »Luhansker Volksrepublik« Ende April 2017 unterbrochen. Der Grund dafür waren ausstehende Zahlungen in Höhe von ca. 100 Millionen US-Dollar. Nach dem Lieferstopp kündigte Moskau sofort Stromlieferungen an die »Luhansker Volksrepublik« im Rahmen »humanitärer Hilfe« an. Ähnlich wie im Jahr 2015 werden diese Stromvolumen wahrscheinlich als »technologische Verluste« abgeschrieben und ihre Kosten werden auf alle Industrieverbraucher in Russland umgelegt, so die russischen Medien. Im Unterschied zur »LNR« wird die »DNR« weiterhin von der Ukraine mit Strom versorgt.

Im Frühjahr 2015 haben die »Volksrepubliken« den russischen Rubel als zweite Währung neben der ukrainischen Griwnja eingeführt. Die Preise in den Supermärkten sind in Rubel angegeben, Renten und Gehälter werden ebenso in Rubel gezahlt. Schon im September 2015 hat einer der »Anführer« der »Donezker Volksrepublik« zugegeben, dass die »Republik« de facto zur Rubel-Zone geworden ist. Diese Aussage vermittelt indirekt einen Eindruck vom Ausmaß der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland. Denn die »Republiken« dürfen den Rubel natürlich nicht drücken. Kurz vor der »Nationalisierung« am 21. Februar 2017 hat die »Luhansker Volksrepublik« den Rubel per Erlass als »offizielle« Währung eingeführt.

Nach dem Abbruch der Produktionsketten und der »Verstaatlichung« der Unternehmen stellt sich in den »Volksrepubliken« nun die Frage, wie ihr Funktionieren zu gewährleisten ist, vor allem in Bezug auf die Versorgung mit Rohstoffen, die Absatzmärkte und die Zahlung von Gehältern. Es gibt Anzeichen dafür, dass russische Staatsbeamte auch diese Prozesse leiten. Die russische Bundesanstalt für Staatsreserven (Rosreserv) hat bereits eine vorübergehende Versorgung der Unternehmen in den »Volksrepubliken« mit Rohstoffen und anderen Gütern im Rahmen der »humanitären« Hilfe zugegeben. Einen Monat zuvor berichteten die russischen Medien über ein Treffen der Regierung mit den Metallurgie-Magnaten Alisher Usmanov und Alexey Mordashov, bei dem die Oligarchen um Hilfe in Form von Eisenerzlieferungen für die Unternehmen im Donbas gebeten wurden.

Zurzeit wird auch ein neues inoffizielles Handelssystem mit Russland organisiert. Noch am 27. Februar 2017, also unmittelbar vor der »Nationalisierung«, hat der »Regierungschef« der »DNR« Aleksandr Sachartschenko einen Erlass unterzeichnet, der die »vorübergehende Verwaltung«, so wörtlich, der nichtansässigen Unternehmen einer unbekanntes Firma namens Vneshtorg-

servis übergibt. Später wurde konkretisiert, dass nicht alle, sondern nur die wettbewerbsfähigsten Unternehmen in den Bereichen Metallurgie und Bergbau von dieser Firma verwaltet werden – zwei Stahlwerke, drei Kokereien, ein Dolomitwerk und ein Röhrenwerk. Das letztere – Charzisk Röhrenwerk – wurde von Russland immer schon begehrt, denn es stellt Rohre mit großem Durchmesser her und war in den 1990er Jahren bereits ein großer Lieferant für Gazprom. In der »LNR« finden zurzeit die gleichen Prozesse statt. Auch dort wurde am 27. Februar per Erlass Vneschtorgservis »vorübergehend zum Verwalter« der drei größten Bergwerke ernannt. Die beiden »Volksrepubliken« haben den neuen »Verwalter« schon von der Steuerzahlung befreit, obwohl sie die »Nationalisierung« der Unternehmen kurz zuvor noch mit der Notwendigkeit ihrer Besteuerung in den »Volksrepubliken« begründet hatten.

Offizielle Angaben zu Vneschtorgservis und ihrem Gründer gibt es nicht. In die Medien ist die Information durchgesickert, die Firma sei in der international nicht anerkannten Republik Südossetien registriert – Russland hat Südossetien anerkannt. Südossetien wiederum hat schon vor drei Jahren die beiden »Volksrepubliken« anerkannt. Zwischen der »DNR« und Südossetien gibt es auch bereits eine »Kooperation« im Bankensystem, was der Chef der »Nationalbank« der »DNR« im September 2016 bestätigte. Das komplizierte Vorgehen über Südossetien ist nötig, um juristische Fragen über den legalen Status der Donbas-Produktion zu umgehen. Denn ansonsten würden den involvierten Firmen internationale Sanktionen und Reputationsverluste drohen. Die Medien spekulieren auch über ein Hineinziehen der alten Donbas-Elite in diese Prozesse und zwar über Sergey Kurtschenko, jenen jungen Oligarchen, der sich durch gute Beziehungen zur Familie des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch schnell bereichert hat und der nach dem Euromaidan in Kiew nach Russland geflohen ist. Dieser fungiert aber angeblich als Strohmann, während die tatsächliche Kontrolle bei den Russen bleibt.

Die voranschreitende wirtschaftliche Integration der »Volksrepubliken« in Richtung Russland wird von politischer Integration begleitet. Sehr strittig ist zum

Beispiel Putins Erlass vom 18. Februar 2017 über die Anerkennung der Ausweise aus den »Volksrepubliken« in Russland. Während die Ukraine diesen Schritt als »Nachweis der Besatzung« interpretierte, hat die russische Führung ihn wiederum mit »humanitären« Gründen gerechtfertigt. Die internationale Gemeinschaft hat den Erlass verurteilt, weil er den Minsker Vereinbarungen widerspreche und eine Lösung des Konflikts gefährde (s. [Ukraine-Analysen Nr. 180](#)).

Außerdem wird in Russland zurzeit ein Gesetzentwurf diskutiert, der den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft für die Bewohner der »Volksrepubliken« erleichtern soll. Vorgeschlagen wird, das »Recht des Bodens« einzuführen, was im Prinzip einem Anspruch auf Einbürgerung für in den Territorien der ehemaligen Sowjetunion oder des Russischen Reiches lebende russischsprachige Bürger gleichkommt. Der Gesetzentwurf wurde im Auftrag des Präsidenten ausgearbeitet und gemeinsam mit den Krim-Abgeordneten ins Parlament eingebracht. Im März 2017 hat der Ausschuss der Staatsduma für Volksgruppen den Gesetzentwurf bereits unterstützt. Es ist also sehr wahrscheinlich, dass er bald verabschiedet wird. Die neue Migrationsregelung würde den »imperialen« Diskurs Russlands sicherlich begünstigen, denn die Krim-Annexion hat Russland gerade durch dieses »Recht des Bodens« gerechtfertigt.

### Schlussfolgerung

Während die Ukraine den Konflikt im Donbas offiziell als »russische Besatzung« bezeichnet, hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats in ihrer letzten Resolution vom Oktober 2016 von einer »effektiven Kontrolle« Russlands über die »Volksrepubliken« gesprochen. So oder so: Die letzten Entwicklungen in der Ostukraine deuten auf eine Post-Minsk-Realität hin. Die Frage ist, ob die von ukrainischen Nationalisten initiierte Donbas-Blockade diese Entwicklungen ausgelöst oder nur beschleunigt hat. Inzwischen hat der Separatistenführer Aleksandr Sachartschenko den Erlass über eine »staatliche Grenze« der »Donezker Volksrepublik« unterschrieben. Die Aussichten für eine Reintegration dieser Gebiete in die Ukraine werden Tag für Tag düsterer.

#### *Über die Autorin:*

Katerina Bosko ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Redakteurin der Online-Zeitschrift »Ukraine-Analysen«. Vor kurzem hat sie ihre Doktorarbeit über die Rolle des negativen Framings in hybriden Regimen am Beispiel der Energiepolitik der Ukraine abgegeben.

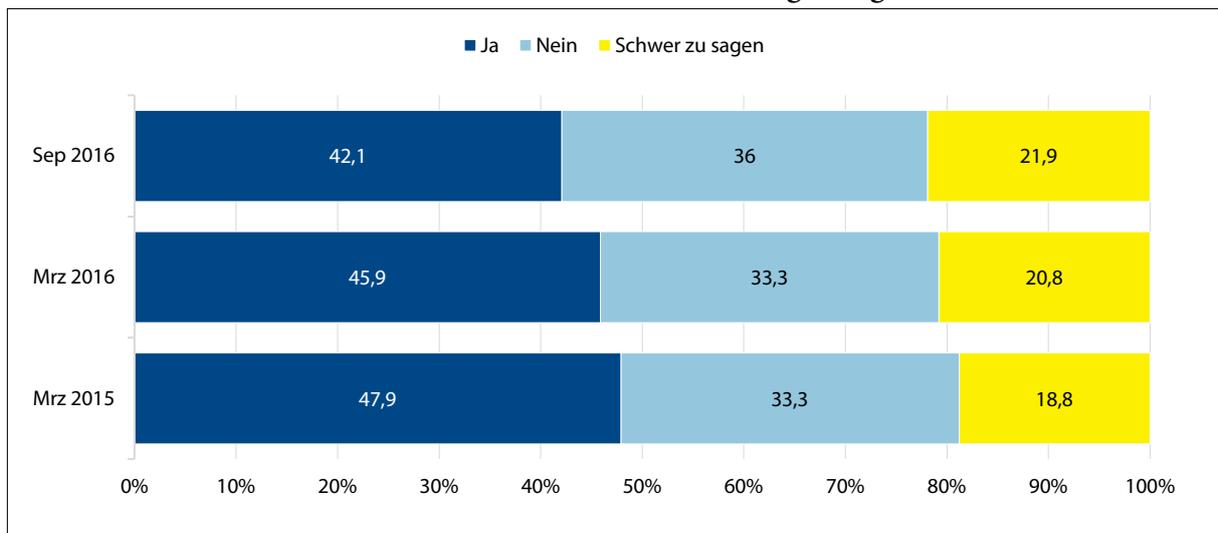
#### *Lesetipps:*

- Bosko, Katerina: »Es geht ums Geschäft«: Die Krim-Blockade und die Realität der Wirtschaftsbeziehungen mit der Krim nach eineinhalb Jahren Annexion, *Ukraine-Analysen* Nr. 158, 28.10.2015, S. 5–9.
- Malygina (Bosko), Katerina: Die Oligarchisierung des ukrainischen Energiesektors unter Wiktor Janukowytsh 2010–2012, *Ukraine-Analysen* Nr. 112, 12.02.2013, S. 2–6.

## TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

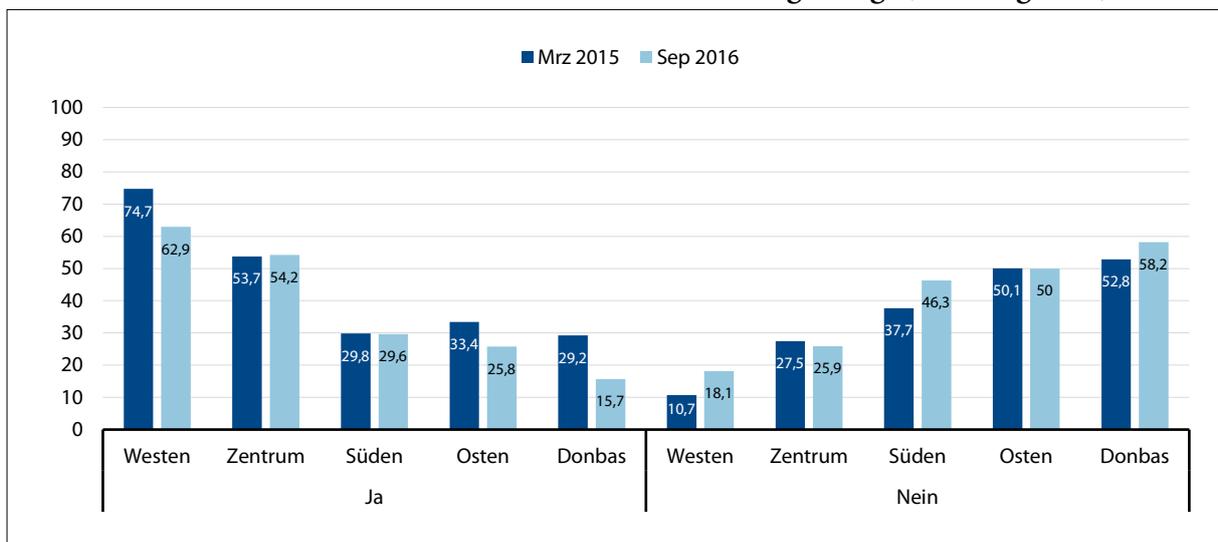
## Unterstützung der wirtschaftlichen Isolierung der »Volksrepubliken« durch die Ukrainer

**Grafik 1:** Unterstützen Sie die Einstellung jeglicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und den Gebieten »DNR« und »LNR« (inklusive Sozialleistungen, Energie-lieferungen, Kohleimporten usw.) bis zur vollständigen Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung?



Quelle: repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums; Zusammenfassung von Katerina Bosko.

**Grafik 2:** Unterstützen Sie die Einstellung jeglicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Ukraine und den Gebieten »DNR« und »LNR« (inklusive Sozialleistungen, Energie-lieferungen, Kohleimporten usw.) bis zur vollständigen Wiederherstellung der Kontrolle über diese Gebiete durch die ukrainische Regierung? (nach Regionen)



Quelle: repräsentative Umfragen des Rasumkow-Zentrums; Zusammenfassung von Katerina Bosko.

## Marktübersicht: wem gehören Kohlebergwerke, Wärmekraftwerke, Kokereien und Stahlwerke in der Ukraine

Tabelle 1: Die wichtigsten Kohlebergwerke der Ukraine

Kontrolle (2017)	Eigentümer (2016)	Aktionäre (2016)	Name	Produktion (2016), Tausend Tonnen		
				Kokskohle	Kraftwerkskohle	Gesamt
Ukraine	Staat	-	Piwdenodonbaske 1	498	0	498
Ukraine	Staat	-	Schachta imeni M.S. Surgaja	341	0	341
Ukraine	Staat	-	Krasnoarmijsk-wugillja	0	548	548
Ukraine	Staat	-	WK Krasnolimanska	443	0	443
Ukraine	Staat	-	Selidiwwugillja	0	1.394	1.394
Ukraine	Staat	-	Torezkwugillja	279	0	279
Ukraine	Staat	-	Pervomajskwugillja	0	308	308
Ukraine	Staat	-	Lisitschanskwugillja	0	197	197
Ukraine	Staat	-	Lwiwwugillja	0	1.409	1.409
Ukraine	Staat	-	Nadija	0	186	186
Ukraine	Staat	-	Wolynwugillja	0	185	185
Ukraine	Donezkstahl	Wiktor Nusenkis	Minenverwaltung Porkowske	4.302	0	4.302
Ukraine	Energoinvest Holding	Ihor Humeniuk*	Krasnolimanska	1.566	0	1.566
Ukraine	DTEK	Rinat Achmetow	DTEK Pavlograd-wugillja	747	17.663	18.409
Ukraine	DTEK	Rinat Achmetow	DTEK Dobropillja-wugillja	185	2.087	2.272
Ukraine	DTEK	Rinat Achmetow	Biloserska	0	493	493
»Volksrepubliken«	DTEK	Rinat Achmetow	DTEK Komsomolez Donbasa	0	3.502	3.502
»Volksrepubliken«	Staat (DTEK hat Konzession)	-	DTEK Rowenki-anthrazit	0	2.225	2.225
»Volksrepubliken«	Staat (DTEK hat Konzession)	-	DTEK Swerlow-anthrazit	0	2.306	2.306
<b>Insgesamt</b>				<b>8.361</b>	<b>32.502</b>	<b>40.864</b>

\* ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen

Anmerkung: Die staatlichen Kohlebergwerke, die früher unter die Kontrolle der Separatisten gelangt sind, sind hier nicht angegeben.

Quelle: Zusammenstellung von Katerina Bosko nach Angaben des Energieministeriums der Ukraine <[http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art\\_id=245183419&cat\\_id=245183238](http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art_id=245183419&cat_id=245183238)>.

Tabelle 2: Wärmekraftwerke der Ukraine

Kontrolle (2017)	Name	Eigentümer (2016)	Aktionäre (2016)	Leistung (2012)		mit Anthrazit-Kohle betrieben?
				MW	%	
Ukraine	Slowjanska	Donbasenergo	Ihor Humeniuk*/ Staat	880	3%	Ja
Ukraine	Pri-dneprowska	DTEK	Rinat Achmetow	1.800	6%	Ja
Ukraine	Kriworischska	DTEK	Rinat Achmetow	3.000	11%	Ja
Ukraine	Saporischska	DTEK	Rinat Achmetow	3.600	13%	Nein
Ukraine	Smijiwska	Zentrenergo	Staat	2.400	9%	Ja
Ukraine	Trypilska	Zentrenergo	Staat	1.800	6%	Ja
Ukraine	Dobrotvorska	DTEK	Rinat Achmetow	600	2%	Nein
Ukraine	Ladyschinska	DTEK	Rinat Achmetow	1.800	6%	Nein
Ukraine	Burschtynska	DTEK	Rinat Achmetow	2.400	9%	Nein
Ukraine	Luhanska	DTEK	Rinat Achmetow	1.500	5%	Ja
»Volksrepubliken«	Kurachowska	DTEK	Rinat Achmetow	1.400	5%	Nein
»Volksrepubliken«	Sujiwska	DTEK	Rinat Achmetow	1.200	4%	Nein
»Volksrepubliken«	Starobeschewska	Donbasenergo	Ihor Humeniuk*/ Staat	2.000	7%	Ja
»Volksrepubliken«	Wuglegirska	Zentrenergo	Staat	3.600	13%	Nein

\* ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen

Quelle: Zusammenfassung von Katerina Bosko nach Angaben der Firmen und öffentlich zugänglichen Quellen. Angaben zur Leistung im Jahr 2012 – IEA Ukraine's Energy Policy Review 2012, S. 158.

Tabelle 3: Kokereien der Ukraine

Kontrolle (2017)	Name	Eigentümer (2016)	Aktionäre (Staatsangehörigkeit)	Produktion, Millionen Tonnen		Marktanteil (2011)
				2011	2015	
Ukraine	Kokerei Awdijiwka	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Nowinskij (RU/UA)	4,515	1,938	23 %
Ukraine	Stahlwerk Asowstahl	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Nowinskij (RU/UA)	2,332	1,237	12 %
Ukraine	Saporoschkoks	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Nowinskij (RU/UA)	1,242	0,762	6 %
Ukraine	Juschkoks («Evrax Bagleykoks»)	EVRAZ	Roman Abramovich (RU), Alexander Abramov (RU), Aleksandr Frolov (RU)	0,545	0,565	3 %
Ukraine	Dneprokoks (Teil des Stahlwerks Dniprowskij)	EVRAZ	Roman Abramovich (RU), Alexander Abramov (RU), Aleksandr Frolov (RU)	0,528	k.A.	3 %
Ukraine	Kokerei Dniprodzschynsk	EVRAZ	Roman Abramovich (RU), Alexander Abramov (RU), Aleksandr Frolov (RU)	0,498	0,581	3 %
Ukraine	Kokerei Krywyj Rih (Teil des Stahlwerks ArcelorMittal Kryvyi Rih)	ArcelorMittal	Lakshmi Mittal (Indien)	2,632	1,9	14 %
»Volksrepubliken«	Kokerei Altschewsk	ISD	Aleksandr Katunin (RU), Serhij Taruta (UA), Oleh Mkrtschan (UA)	3,021	k.A.	16 %
»Volksrepubliken«	Kokerei Jasinowskij	Donezkstahl	Wiktor Nusenkis (RU)	1,697	k.A.	9 %
»Volksrepubliken«	Kokerei Makijiwka	Donezkstahl	Wiktor Nusenkis (RU)	1,092	k.A.	6 %
»Volksrepubliken«	Kokerei Jenakijewo (Teil des Stahlwerks Jenakijewo)	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Nowinskij (RU/UA)	0,653	k.A.	3 %
»Volksrepubliken«	Donezkkoks	Metinvest (50 %)	Rinat Achmetow (UA), Wadim Nowinskij (RU/UA)	0,385	0,151	2 %
»Volksrepubliken«	Kokerei Gorlowka	Istek	Anrij Orlow* (UA)	0,310	k.A.	2 %

\* ehemaliger Abgeordneter der Partei der Regionen

Quelle: Zusammenfassung von Katerina Bosko nach Angaben der Firmen und öffentlich zugänglichen Quellen. Angaben zur Produktion im Jahr 2011 – Nationale Ratingagentur »Rurik« <[rurik.com.ua/documents/research/Coke-industry\\_2011.pdf](http://rurik.com.ua/documents/research/Coke-industry_2011.pdf)>

Tabelle 4: Die wichtigsten Stahlwerke der Ukraine

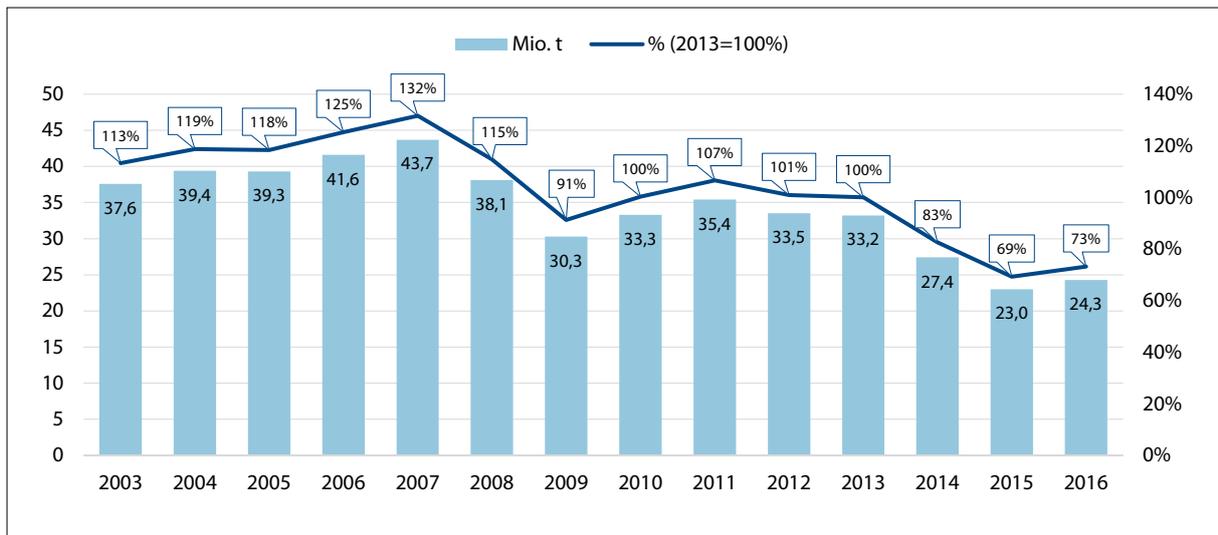
Kontrolle (2017)	Name	Eigentümer (2016)	Aktionäre (Staatsangehörigkeit)	Stahlproduktion, Millionen Tonnen		Marktanteil (2012)
				2012	2015	
Ukraine	ArcelorMittal Kryvyi Rih	ArcelorMittal	Lakshmi Mittal (Indien)	6,426	6,3	19 %
Ukraine	MMK Iljitsch	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Novinskij (RU/UA)	5,151	2,645	15 %
Ukraine	Asowstahl	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Novinskij (RU/UA)	4,593	3,206	14 %
Ukraine	Saporoschstahl	Metinvest (49,9 %)/ russische Investoren (WEB)	Rinat Achmetow (UA), Wadim Novinskij (RU/UA)	3,785	3,979	11 %
Ukraine	DMKD (Stahlwerk Dnieper)	ISD	Aleksandr Katunin (RU), Serhij Taruta (UA), Oleh Mkrtschan (UA)	3,139	2,32	9 %
Ukraine	Evrax DMZ	EVRAZ	Roman Abramovich (RU), Alexander Abramov (RU), Aleksandr Frolov (RU)	0,821	1,005	2 %
Ukraine	Dniprospezstahl	VS Energy/ Privat	Aleksandr Babakov (RU), Ihor Kolo-mojkskij (UA)	0,329	0,244	1 %
»Volksrepubliken«	Donetsk EMZ	Mechel	Igor Siusin (RU)	0,505	(eingestellt)	2 %
»Volksrepubliken«	Stahlwerk Altschewsk	ISD	Aleksandr Katunin (RU), Serhij Taruta (UA), Oleh Mkrtschan (UA)	3,87	0,68	12 %
»Volksrepubliken«	Stahlwerk Jenakiewo	Metinvest	Rinat Achmetow (UA), Wadim Novinskij (RU/UA)	2,732	1,818	8 %
»Volksrepubliken«	Stahlwerk Donezk	Donezkstahl	Wiktor Nusenkis (RU)	0,09	0	0 %

Quelle: Zusammenfassung von Katerina Bosko nach Angaben der Firmen und öffentlich zugänglichen Quellen. Angaben zur Produktion im Jahr 2012 – Baker Tilly <[http://www.bakertilly.ua/media/news/file\\_ru408.pdf](http://www.bakertilly.ua/media/news/file_ru408.pdf)>.

## STATISTIK

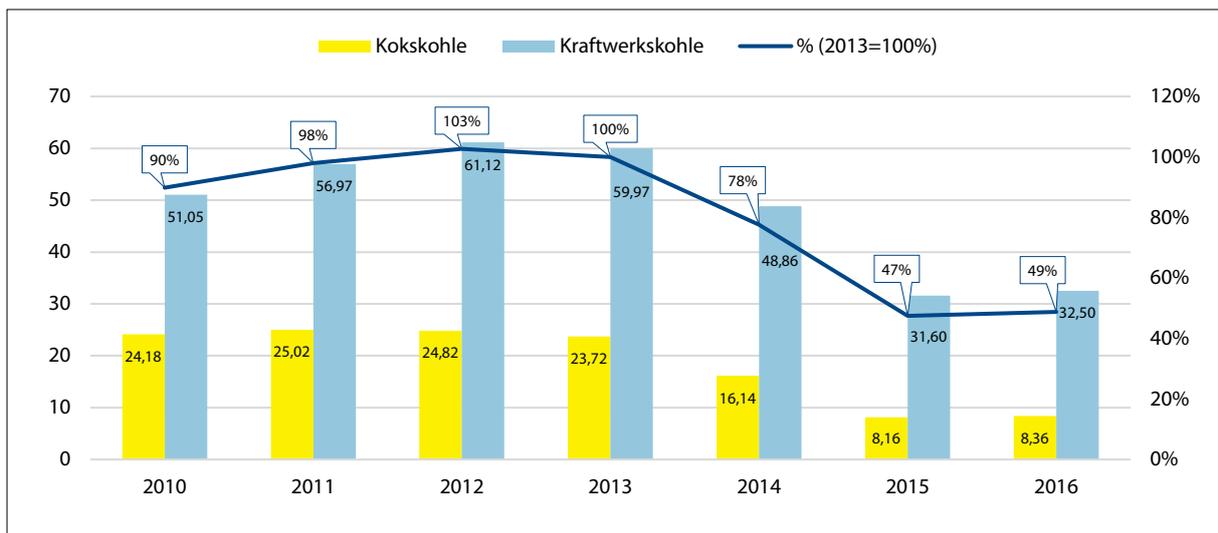
## Die ukrainische Kohle- und Stahlproduktion in aktuellen Zahlen

**Grafik 1: Die Stahlproduktion in der Ukraine in den Jahren 2003–2016, in Millionen Tonnen und in % (2013 = 100 %)**



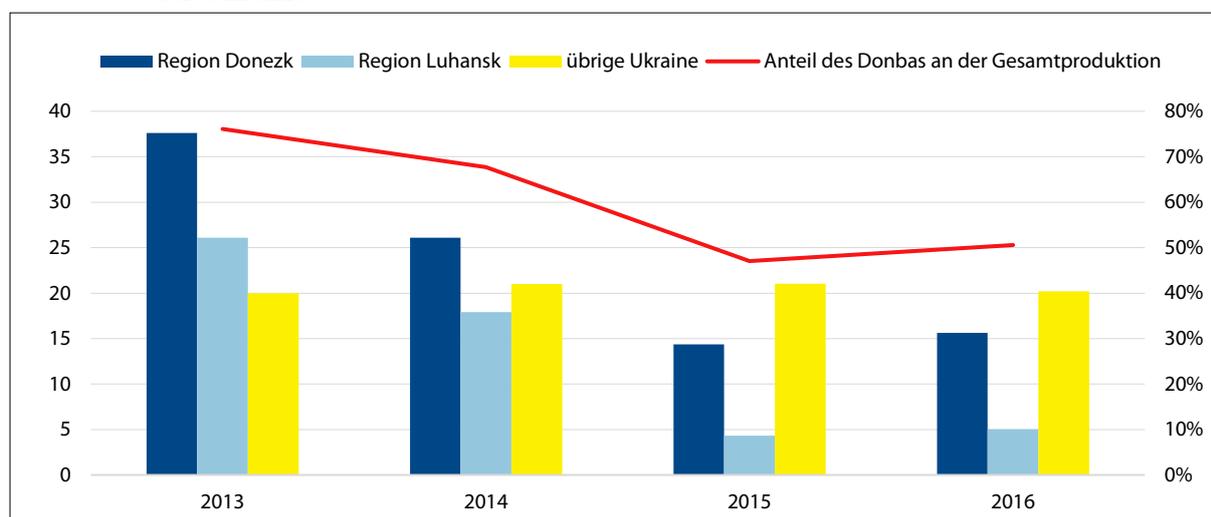
Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Statistikamts der Ukraine.

**Grafik 2: Kohleproduktion in der Ukraine in den Jahren 2010–2016, Millionen Tonnen und in % (2013 = 100 %)**



Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben des Razumkov-Zentrums <[http://old.razumkov.org.ua/upload/2016\\_ENERGY.pdf](http://old.razumkov.org.ua/upload/2016_ENERGY.pdf)>; <[http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017\\_ENERGY-FINAL.pdf](http://razumkov.org.ua/uploads/article/2017_ENERGY-FINAL.pdf)> und des Energieministeriums der Ukraine <[http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art\\_id=245183419&cat\\_id=245183238](http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art_id=245183419&cat_id=245183238)>.

**Grafik 3: Die Kohleproduktion im Donbas und in der übrigen Ukraine in den Jahren 2013–2016, in Millionen Tonnen; Kohleproduktion im Donbas in % der Gesamtproduktion der Ukraine**



Anm.: Die Tabelle 1 enthält die der Grafik zugrunde liegenden Daten.

Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Metinvest-Jahresberichte 2014 (S. 27) und 2015 (S. 26) sowie des Energieministeriums der Ukraine <[http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art\\_id=245183419&cat\\_id=245183238](http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art_id=245183419&cat_id=245183238)>.

**Tabelle 1: Die Kohleproduktion im Donbas und in der übrigen Ukraine in den Jahren 2013–2016, in Millionen Tonnen; Kohleproduktion im Donbas in % der Gesamtproduktion der Ukraine**

	2013	2014	2015	2016
Donbas	63,70	44,00	18,70	20,67
<i>Region Donezk</i>	<i>37,60</i>	<i>26,10</i>	<i>14,37</i>	<i>15,64</i>
<i>Region Luhansk</i>	<i>26,10</i>	<i>17,90</i>	<i>4,33</i>	<i>5,04</i>
übrige Ukraine	20,00	21,00	21,05	20,19
<b>Ukraine gesamt</b>	<b>83,70</b>	<b>65,00</b>	<b>39,74</b>	<b>40,86</b>
<b>Anteil des Donbas an der Gesamtproduktion</b>	<b>76,11%</b>	<b>67,70%</b>	<b>47,05%</b>	<b>50,59%</b>

Quelle: Zusammenfassung und Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Metinvest-Jahresberichte 2014 (S. 27) und 2015 (S. 26) sowie des Energieministeriums der Ukraine <[http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art\\_id=245183419&cat\\_id=245183238](http://mpe.kmu.gov.ua/minugol/control/uk/publish/article?art_id=245183419&cat_id=245183238)>.

## Erklärung der Oppositionsfraktion Selbsthilfe über das »Blutgeschäft« im Donbas

### Samopomich statement: The war has become business for the authorities (06.02.2017)

The war has become business for the authorities. Therefore the following things became possible:

- Trade with the occupier. It's obvious that when buying goods from the occupied territories, we fund the occupation. While hypocritically calling upon the world to step up sanctions against Russia, the government is funding the occupation with the money of Ukrainian people.
- Financing the "controlled companies" in the occupied territories. Common sense dictates that it is only the occupier that can control something in the occupied territories. Therefore, the occupier is carrying weapons for its occupation troops by Ukrainian state railway enterprise "Ukrzaliznytsia".
- Removing the responsibility from Russia. That's why the martial law wasn't imposed, whereas the Minsk agreements were signed; the occupation hasn't been recognized in the course of three years, and Russia is disappearing from the official documents of the Ukrainian government as the source of war.

These things are not accidental—this is an elaborate scheme of the business built on blood in the unnamed war.

The officials of the highest levels make money from this scheme with the approval and support of the occupier and his loyal "kings of Donbas".

There is no better way to destroy the desire to defend your country than to trade with the enemy. The commander who gives an order cease fire in order to let the train cars with coal from the occupier pass has no honor. 700 thousand cars of legalized contraband from the occupied territories destroy the motivation of soldiers more than the most cynical propaganda. Because this is no lies, this is real.

Just as real is the Russian occupation, which is based on the Russian military and the Russian arms, not on the mythical "terrorists".

The Parliament has to recognize the truth—to declare that Russia is the occupier and to prohibit trade both with the occupied territories and the very occupier.

Samopomich faction has long suggested adopting a bill "On the temporarily occupied territory of Ukraine", which also provides a de-occupation algorithm which would ensure that under the guise of a "peace plan" the war criminals are not amnestied all of the sudden and elected as mayors and deputies.

The Parliament clearly lacks independence to deprive its owners of the extremely profitable business. Therefore, Samopomich insists on adoption of the law on Russia's responsibility for the occupation of part of Ukraine. This will make Russia accountable for its crimes, and the trade with the occupier will be less immoral.

But to make this happen parliamentarians need support of people who need to be more convincing than the income of the traders at the forefront. Samopomich faction calls on Ukrainians to help MPs take a pro-Ukrainian decision.

*Quelle:* <<http://samopomich.ua/en/vijna-dlya-vlady-peretvorylasya-na-biznes-zayava-samopomochi/>>

## Präsident Poroschenko über die Donbas-Blockade und die Entscheidung des Nationalen Sicherheitsrates vom 15. März 2017

President: Ukrainian enterprises remained the only anchors for those territories to hold on to Ukraine (15.03.2017)

Enterprises that kept paying wages in Ukrainian currency and paying taxes to the Ukrainian budget were the "islands" of Ukrainian presence in the occupied territories and they were to become a stronghold of reintegration of those lands after their de-occupation. It was stated by President Petro Poroshenko in the interview with Ukrainian TV channels.

"Those were the only places where the Ukrainian national currency functioned, where taxes were not paid to the so-called budgets of LDPR or to Russia, they were fully paid to Ukraine. They ensured employment and people clearly knew: those who worked in large Ukrainian enterprises, yet in the occupied territories but under Ukrainian jurisdiction, are Ukraine," the President emphasized.

“I would say that those were the “islands” of Ukraine. The anchor for this territory to hold on to Ukraine. And of course we were going to use them for reintegration after the return of Donbas to Ukraine. Those were the basic footholds for the return of Ukraine,” Petro Poroshenko added.

According to the President, the so-called blockade of the occupied territories gave an opportunity for the aggressor to justify its actions on the recognition of the so-called passports of LDPR, registration documents, license plates. This has also provided a basis and justification for conveying those enterprises to oligarchs-fugitives or Russian oligarchs. “It has destroyed Ukraine in Donbas. This is a very dangerous strategy, very dangerous actions,” he emphasized.

The President reminded that before the beginning of the so-called blockade, a special order of transportation of goods across the delimitation line has been introduced. The Government offered an open dialogue for society in the issue of restriction of termination of transportation of certain kinds of goods across the delimitation line. It also offered joint control over the transportation.

According to the President, activists-participants of the so-called blockade and its organizers were also invited to this control. However, the proposal of the Prime Minister was not supported. “They stopped negotiations because they didn’t need them. They need PR, conflict, destabilization of the internal political situation in Ukraine. This is another evidence that the given scenario wasn’t written in Ukraine. And sincere, open, transparent feelings of volunteers who supported those actions were simply used,” the Head of State noted.

The President also stressed that part of the enterprises refused to cooperate with invaders and pro-Russian militants after the blockade and adopted a decision to fully terminate its work. “We saw two actions of the owners of those enterprises. One part of them is very responsible. They refused to re-register in LDPR or Russia. Irrespective of surnames, this is a position of Ukrainian citizen, which I truly respect,” Petro Poroshenko said.

“Others re-registered and started paying money to the so-called budgets of LDPR, de-facto financing terrorism as a result of the blockade. These are the first results of the blockade: earlier they paid to the Ukrainian budget, now they pay to the budgets of the invaders,” he added.

Taking into account these developments, the government has made a decision to suspend transport connection with these territories. “We couldn’t accept products of these seized enterprises and the situation required prompt and resolute actions. This is the first motivation, which completely bans transportation of goods, and those were mainly goods of those Ukrainian enterprises. It goes about not only those three crossings where PR redoubt were located, but the entire territory—road, railroad and other connections,” the President noted.

At the same time, border crossing points will continue their functioning preserving an opportunity for Ukrainian citizens to get to the territory controlled by Ukraine and providing access for the international humanitarian missions.

*Quelle:* <<http://www.president.gov.ua/en/news/glava-derzhavi-ukrayinski-pidpriyemstva-na-okupovaniy-terito-40394>>

## Pressemitteilungen der Gruppe SCM Rinat Achmetows zum Konflikt um die »Nationalisierung« ihrer Unternehmen

### SCM Group statement about developments in the non-government controlled areas in Donetsk and Luhansk oblasts (NGCA) (2.03.2017)

SCM Group has always been working only within the laws of Ukraine, including our businesses in the NGCA. No pressure can make us change the jurisdiction of our assets.

We provide jobs to hundreds of thousands of people across the country, from the west to the east, including in the NGCA. We supply heating, electricity and gas to millions of Ukrainian households.

SCM is one of few links between the government controlled areas and non-government controlled areas of Ukraine.

Despite the challenging political situation in the country and the ongoing hostilities, all SCM Group companies pay taxes and duties in full to the Ukrainian budget.

Since the conflict in Donbas broke out, SCM Group has paid over UAH 100 billion in taxes to the national budget, of which 10% are attributable to the businesses in the NGCA.

We believe that private property is sovereign, and the demands of re-registration of our companies and payment of taxes to self-proclaimed DNR and LNR are unacceptable.

*Quelle:* <<http://www.scmholding.com/en/media-centre/news/view/2590/>>

## SCM Group reports about losing control over its assets based in the non-government controlled areas of Donetsk and Luhansk oblasts (15.03.2017)

SCM Group reports that today, on 15 March 2017, it has lost control over its assets based in the non-government controlled areas of Donetsk and Luhansk oblasts (NGCAs), namely:

**In the mining and steel sector (Metinvest):** Yenakiieve Steel Plant (including its Makiivka-based arm, Makiivka Steel Plant), Yenakiieve Koksokhimprom, Khartsyzsk Pipe Plant, Komsomolske Flux, Krasnodonugol, Donetskoks, and Metalen Ukrainian-Swiss joint company

**In the energy sector (DTEK):** DTEK Komsomolets Donbasu Mine, Mospinske CPP, DTEK Energovuhillia ENE, DTEK Skhidenergo (Zuivska TPP), DTEK Donetskoblenergo, Tekhrempostavka, DTEK Sverdlovanthracite, DTEK Rovenkianthracite, Electronaladka, DTEK Power Grid, and DTEK Service

**In the real estate sector (ESTA):** Pushkinsky Business Centre, Seventh Line Business Centre.

**In the industrial and raw materials sector (UMG):** Dokuchayevsk Flux and Dolomite Plant.

During these three years, our businesses based in the NGCAs have been operating exclusively within the laws of Ukraine despite all the challenges. They were a link between the government-controlled and non-government controlled areas of Ukraine.

As SCM Group has stated before, we believe that the requirement for re-registration of our companies and payment of taxes to the self-proclaimed DNR and LNR is absolutely unacceptable. Today, we have lost the opportunity to ensure operations of our assets in the NGCAs within the Ukrainian laws. We are forced to make a decision to suspend our activities in the NGCAs of Donetsk and Luhansk oblasts.

We are going to apply to the law enforcement agencies of Ukraine about the seizure of property of our production and non-production assets. SCM Group has notified the State Fiscal Service, tax authorities and state funds of the loss of our businesses.

We will do everything we can to restore the rule of law and resume operations of our businesses in the NGCAs. We are going to act within the legal framework and apply to Ukrainian and international courts.

At different times, starting from 2014, we reported about losing control over the following assets:

**Heavy engineering (Corum Group):** Corum Donetskirmash, Corum Donetsk Power Equipment Plant, Corum Horlivka Heavy Engineering Plant

**Real estate (ESTA):** Donbass Palace Hotel, Park Inn Hotel

**Telecommunications:** Ukrtelecom and Vega.

**Agriculture (HarvEast):** a third of the land bank and more than a third of assets (the company suspended operations in the region in 2015 and has not resumed them ever since).

**Football infrastructure:** Donbass Arena stadium and Kirsha training facility.

Also, the **Rinat Akhmetov Humanitarian Center "Aid+Help"** had to suspend operations in the NGCAs.

**First Ukrainian International Bank, Parallel filling station chain and Brusnichka supermarket chain** stopped operations in the NGCAs in 2014 and 2015, respectively. **Media Group Ukraine** closed its offices in 2014.

Quelle: <<http://www.scmholding.com/en/media-centre/news/view/2598/>>

## Pressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel und dem russischen Präsidenten Putin in Sotschi (02.05.2017)

(...) »Frage: Frau Bundeskanzlerin, Sie haben eben über die Ukraine gesprochen. Ist es nicht eigentlich realistischer, ein neues Abkommen abzuschließen, ein Nach-Minsk-Abkommen, weil die Abspaltung der von den Separatisten beherrschten Gebiete de facto – Einführung des Rubels, Anerkennung von Pässen – voranschreitet?

Was halten Sie von der Idee von UN-Beobachtern – möglicherweise auch bewaffneten – als Ersatz für die OSZE-Beobachter?

Herr Präsident, wenn Sie eine Frage erlauben: Es hat in den letzten Wochen hier in Russland sehr viele Verhaftungen und auch Angriffe auf Oppositionelle gegeben. Warum fährt die russische Regierung diesen sehr harten Kurs? Was tut sie, um diese Angriffe auf die Oppositionellen zu stoppen?

**BK'in Merkel:** Wenn ich beginnen darf: Ich halte nichts davon, jetzt ein neues Abkommen zu verhandeln. Wir können im Rahmen des Minsker Abkommens alles tun. Ich bin auch nicht mit der Tatsache zufrieden, dass es sozusagen immer weitere Trennungstendenzen gibt. Das betrifft zum einen die Anerkennung von Papieren aus dem Gebiet

der Separatisten und zum anderen die Übernahme von Unternehmen durch die Separatisten, die auch eng mit einer gewissen Blockade verbunden ist. Wir müssen diese Fragen immer wieder bearbeiten und daran arbeiten, dass das rückgängig gemacht wird.

Von russischer Seite wird darauf hingewiesen, dass dies mit dem langsamen politischen Prozess für die zukünftigen Regelungen zusammenhängt. Aber unser Ziel bleibt eindeutig, dass die Ukraine auch wieder Zugang zu ihrer eigenen Staatsgrenze bekommt. Dem vorgeschaltet sind aber nach dem Minsker Abkommen eben ein Waffenstillstand und dann politische Lösungen, die dort Kommunalwahlen möglich machen. Das haben wir leider bisher nicht erreicht.

Aber das ist kein Grund dafür, das jetzt einfach beiseite zu legen und ein neues Abkommen zu verhandeln. Davon halte ich, ehrlich gesagt, nichts. Es fehlt vielmehr an der Umsetzung, nicht an Abkommen. Dabei sind alle Seiten intensivst gefordert. Für mich ist der Schlüssel – das ist auch meine dringende Bitte an den russischen Präsidenten –, alles zu tun, um diesen Waffenstillstand hinzubekommen, weil sich aus meiner Sicht nur dadurch ein Klima in der ukrainischen Gesellschaft bildet, in dem dann auch schmerzhaft Kompromisse bezüglich des Status der Gebiete um Donezk und Lugansk möglich sind.

Über die UN-Truppen haben wir gesprochen. Wir sind gemeinsam der Meinung, dass die OSZE-Kräfte dort eine hervorragende Arbeit leisten und dass das, was dort zu leisten ist, von der OSZE gemacht werden kann. Ich möchte die OSZE-Kräfte eher ermutigen. Sie müssen von uns unterstützt werden – von der russischen Seite, von der ukrainischen Seite, aber auch durch das Normandie-Format. Man sollte jetzt keine Zeit damit verlieren, wieder andere Formate zu finden, die dann anschließend auch nicht zu mehr Ergebnissen führen.

**P Putin:** Ich gestatte mir, mit dem ersten Teil Ihrer Frage zu beginnen. Ich danke Ihnen für den ersten und für den zweiten Teil der Frage. Ich denke, aus Respekt vor Ihren Zuschauern sowie Ihren Leserinnen und Lesern werden Sie alles dafür tun, das, was ich Ihnen jetzt an Antworten zum ersten und zum zweiten Teil gebe, ganz präzise weiterzugeben.

Mein erster Punkt: Die Entwicklungen im Südosten der Ukraine sind das Ergebnis eines Staatsstreiches, eines verfassungswidrigen Machtwechsels in Kiew. Zweitens: Diese Gebiete wurden von niemandem abgespalten. Die ukrainische Regierung selber spaltet sie ab, indem sie verschiedenartige Blockaden einrichtet. Ich möchte Sie auf das Folgende hinweisen: Nach wie vor liefert Russland große Mengen an Waren, insbesondere an Energieträgern wie Koks und Kohle, an die ukrainische Metallurgie. Aber es ist die ukrainische Regierung, die die Blockade dieser Gebiete eingerichtet hat. Dort hat niemand den Rubel als Alternativwährung eingeführt. Die Kiewer Regierung hat de facto die nationale ukrainische Währung Hrywnja aus dem Umlauf genommen. In diesen Republiken haben die Menschen keine andere Wahl gehabt, als Alternativen einzuführen. Sie haben erklärt, dass fast alle Währungen dort im Umlauf sein können, insbesondere die russische Währung. Da man aber den besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland Rechnung tragen wollte, wurde der Rubel eingeführt.

Zum Stichwort Privatisierung beziehungsweise umgekehrt Verstaatlichung, Enteignung der Gebiete: Niemand hat diese Betriebe enteignet. Doch da sich diese Betriebe in den Republiken befinden und keine Möglichkeit mehr haben, ihre Waren in die Ukraine zu liefern, mussten die Menschen, die in diesen Betrieben arbeiten, die provisorische Verwaltung einführen. Ich möchte, dass Ihre Zuschauer, Ihre Hörer das erfahren. Niemand hat dort etwas enteignet oder weggenommen.

Wir sollen denn diese Betriebe funktionieren, wenn sie keine Möglichkeit haben, Geld aus ihrer Tätigkeit zu erwirtschaften? Denn die Kiewer Regierung hat alle finanziellen Verbindungen zu diesen Gebieten abgebrochen. Dort gibt es auf Initiative der jetzigen Kiewer Regierung keine Banken mehr. Unsere Partner in Europa haben einmal gesagt, sie wären bereit, die ukrainische Regierung dabei zu unterstützen, die finanziellen Institutionen dort wenigstens provisorisch einzurichten. Unsere Partner in Kiew haben natürlich alles dafür getan, diese Wünsche und Pläne unserer europäischen Partner zu hintertreiben. Das, was dort geschieht, ist eine Zwangsmaßnahme.

Ich will auch der deutschen Bundeskanzlerin beipflichten. Wir können und dürfen uns keine Alternative zum Normandie-Format und zu den Minsker Verhandlungen einfallen lassen. Denn man darf keine neuen Pläne auflegen, wenn man in Bezug auf das, was wir in den vergangenen Jahren angepeilt haben, keine elementaren Ergebnisse erreicht hat.« (...)

Quelle: <<https://bundeskanzlerin.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2017/05/2017-05-02-pk-merkel-putin-sotschi.html>>

## STATISTIK

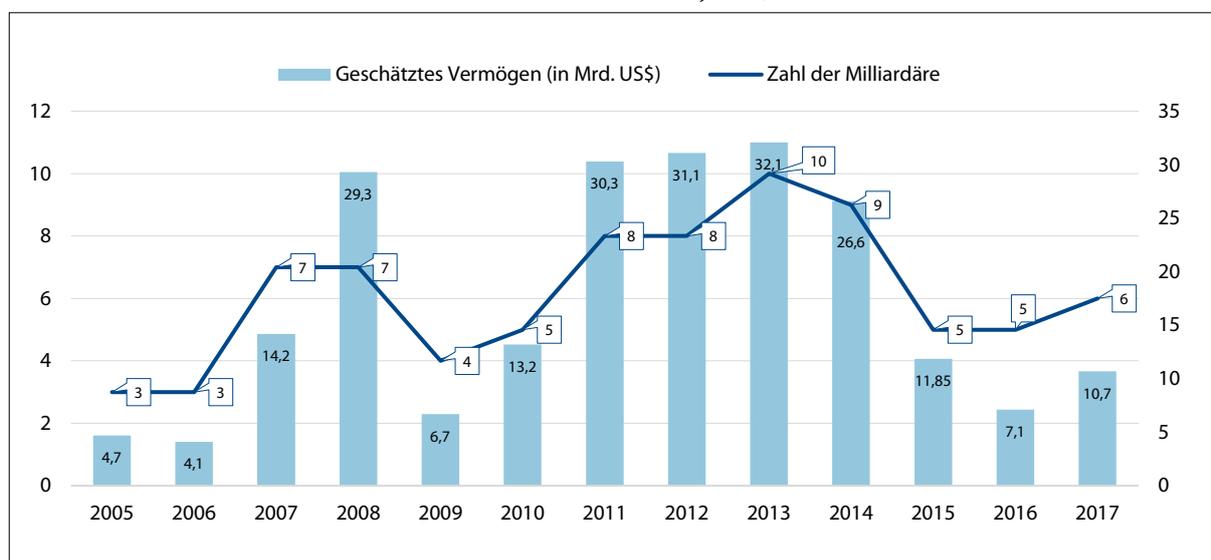
## Oligarchen im Forbes-Rating 2017

Tabelle 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste 2017

Rang in der weltweiten Forbes-Liste		Rang in der Ukraine	Name	Geschätztes Vermögen (in Mrd. US\$)		
2016	2017			Forbes 2015	Forbes 2016	Forbes 2017
#771	#359	1	Rinat Achmetow	6,7	2,3	4,6
#1367	#1468	2	Hennadij Boholjubow	1,25	1,3	1,4
#1694	#1678	3	Jurij Kosiuk	1,1	1	1,2
-	#1678	3	Konstantin Schewago	-	-	1,2
#1367	#1795	4	Ihor Kolomojskyj	1,3	1,3	1,1
#1476	#1795	4	Wiktor Pintschuk	1,5	1,2	1,2

Quelle: <[http://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static\\_country:Ukraine](http://www.forbes.com/billionaires/list/#version:static_country:Ukraine)>

Grafik 1: Ukrainische Milliardäre in der Forbes-Liste, 2005–2017



Quellen: Ukraine-Analysen Nr. 169 für die Jahre 2005–2016, für das Jahr 2017 – <<http://www.forbes.com/billionaires/list/>>

## Vermögensverluste der reichsten Ukrainer: die Jahre 2016 und 2013 im Vergleich

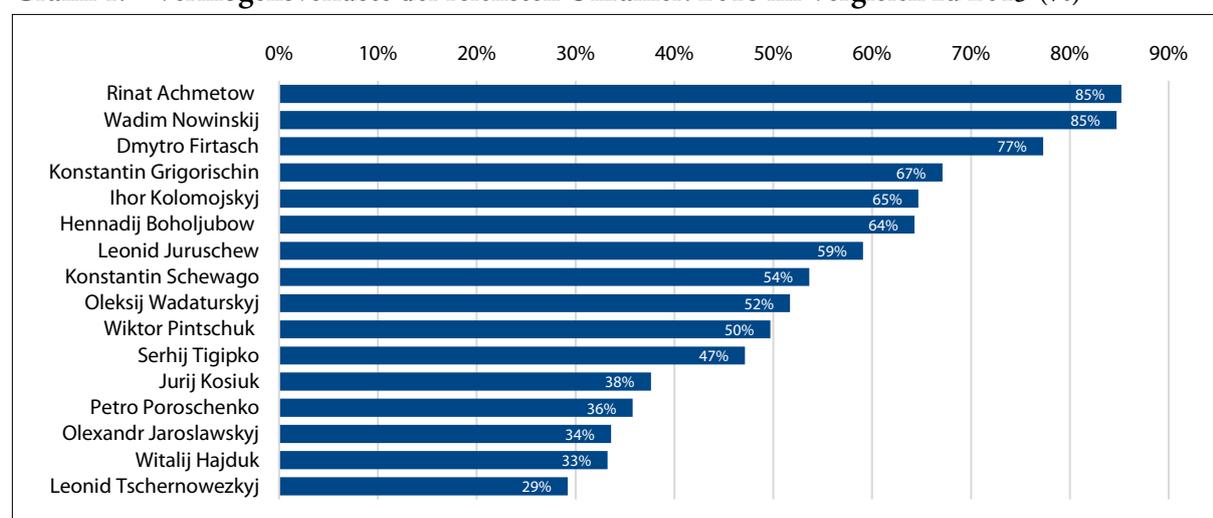
Tabelle 1: »Die 100 reichsten Ukrainer« aus der Zeitschrift Fokus: das Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2013

Name	Rang in 2013	Rang in 2016	Vermögen, Millionen US\$ (2013)	Vermögen, Millionen US\$ (2016)	Verluste, Millionen US\$	Verluste, % (2013=100)
Rinat Achmetow	1	1	14.871	2.200	12.671	85 %
Wadim Nowinskij	2	11	3.601	550	3.051	85 %
Ihor Kolomojskyj	3	2	3.398	1.200	2.198	65 %
Hennadij Boholjubow	4	3	3.361	1.200	2.161	64 %
Dmytro Firtasch	5	9	2.745	623	2.122	77 %
Wiktor Pintschuk	7	4	2.187	1.100	1.087	50 %
Konstantin Schewago	8	8	1.370	635	735	54 %
Konstantin Grigorischin	9	17	1.368	450	918	67 %
Leonid Juruschew	10	15	1.227	502	725	59 %
Jurij Kosiuk	11	6	1.183	738	445	38 %
Olexandr Jaroslawskyj	12	7	1.105	734	371	34 %
Serhij Tigipko	14	13	989	523	466	47 %
Petro Poroschenko	16	10	917	589	328	36 %
Oleksij Wadaturskyj	17	18	915	442	473	52 %
Witalij Hajduk	19	14	776	518	258	33 %
Leonid Tschernowezkyj	20	12	750	531	219	29 %

Anmerkung: Für den Vergleich wurden nur Oligarchen herangezogen, die 2013 und 2016 in den Rankings vorkamen.

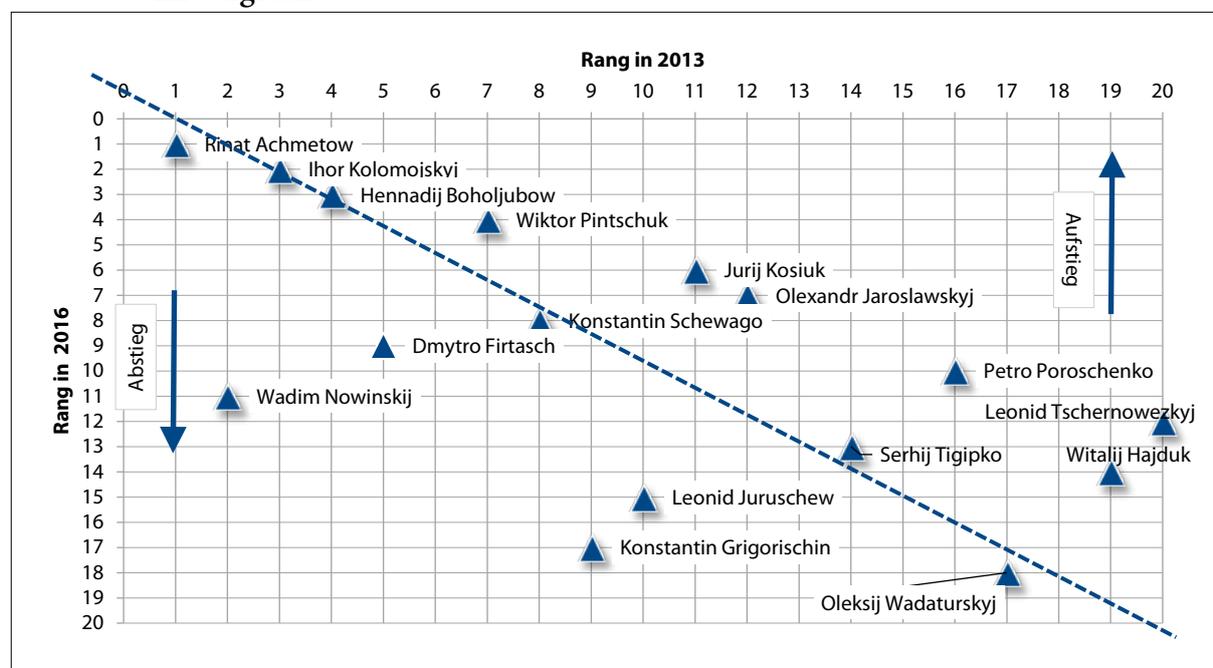
Quelle: Zusammenfassung von Katerina Bosko nach Angaben der Zeitschrift Fokus »Die 100 reichsten Ukrainer« 2014 und 2017.

Grafik 1: Vermögensverluste der reichsten Ukrainer: 2016 im Vergleich zu 2013 (%)



Quelle: Berechnungen von Katerina Bosko nach Angaben der Zeitschrift Fokus »Die 100 reichsten Ukrainer« 2014 und 2017.

**Grafik 2: Auf- und Abstieg der reichsten Ukrainer im Fokus-Ranking: die Jahre 2016 und 2013 im Vergleich**



Quelle: Berechnungen von Katerina Bosko nach Angaben der Zeitschrift Fokus »Die 100 reichsten Ukrainer« 2014 und 2017.

**Tabelle 2: Auf- und Abstieg der reichsten Ukrainer im Fokus-Ranking: die Jahre 2016 und 2013 im Vergleich**

	Rang in 2013	Rang in 2016
Rinat Achmetow	1	1
Wadim Nowinskij	2	11
Ihor Kolomojskij	3	2
Hennadij Boholjubow	4	3
Dmytro Firtasch	5	9
Wiktor Pintschuk	7	4
Konstantin Schewago	8	8
Konstantin Grigorischin	9	17
Leonid Juruschew	10	15
Jurij Kosiuk	11	6
Olexandr Jaroslawskij	12	7
Serhij Tigipko	14	13
Petro Poroschenko	16	10
Oleksij Wadaturskij	17	18
Witalij Hajduk	19	14
Leonid Tschernowezkij	20	12

Quelle: Berechnungen von Katerina Bosko nach Angaben der Zeitschrift Fokus »Die 100 reichsten Ukrainer« 2014 und 2017.

## EU-Parlament stimmt Visafreiheit für die Ukraine zu

### Parliament approves Ukraine visa waiver (06.04.2017)

*Ukrainian citizens will be exempted from EU short-stay visa requirements, after Parliament endorsed an informal deal with the Council on Thursday.*

Under the new law, Ukrainians who hold a biometric passport will be able to enter the EU without a visa for 90 days in any 180-day period, for tourism, to visit relatives or friends, or for business purposes, but not to work. The exemption applies to all EU countries, except Ireland and the UK, plus Iceland, Liechtenstein, Norway and Switzerland.

“Ukraine has achieved all the benchmarks, so the visa requirement should be lifted”, noted rapporteur for the proposal Mariya Gabriel (EPP, BG), adding that the visa waiver will be “another very strong message that Ukraine is a key partner for the European Union in the Eastern Partnership”.

The legislation, approved by 521 votes to 75 with 36 abstentions, still needs to be formally adopted by the Council of Ministers. It is likely to enter into force in June, 20 days after it is published in the EU Official Journal.

Before exempting Ukrainians from visa requirements, the EU strengthened the visa waiver suspension mechanism, to allow visas to be reintroduced more easily in exceptional cases.

Quelle: <<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20170329IPR69065/parliament-approves-ukraine-visa-waiver>>

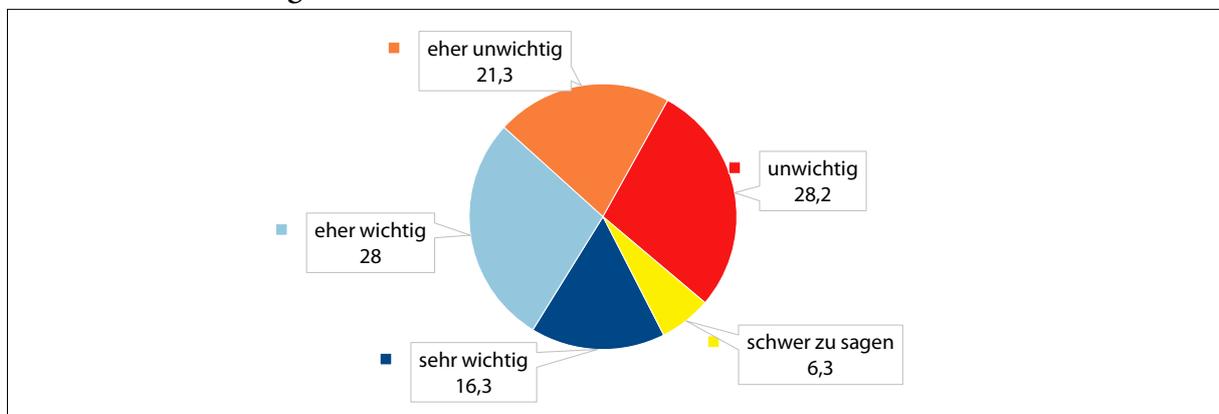
#### Lesetipps:

- Harter, Stephanie: »Vom Abschluss des Abkommens zur Änderung des Abkommens: Der Visadialog mit der Ukraine findet einen vorläufigen Abschluss«, Ukraine-Analysen Nr. 118, 11.06.2013, S. 7–9, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen118.pdf>>
- Harter, Stephanie: »Ohne Visum zum Endspiel? Stand der Verhandlungen zur Visaliberalisierung zwischen der EU und der Ukraine«, Ukraine-Analysen Nr. 95, 11.10.2011, S. 2–5, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen95.pdf>>
- Zwischenberichte über die Umsetzung des Aktionsplans zur Visaliberalisierung, 2011–2015: <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/international-affairs/eastern-partnership/visa-liberalisation-moldova-ukraine-and-georgia\\_en](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/international-affairs/eastern-partnership/visa-liberalisation-moldova-ukraine-and-georgia_en)>

## UMFRAGE

### Haltung der Ukrainer zur Visafreiheit mit der EU

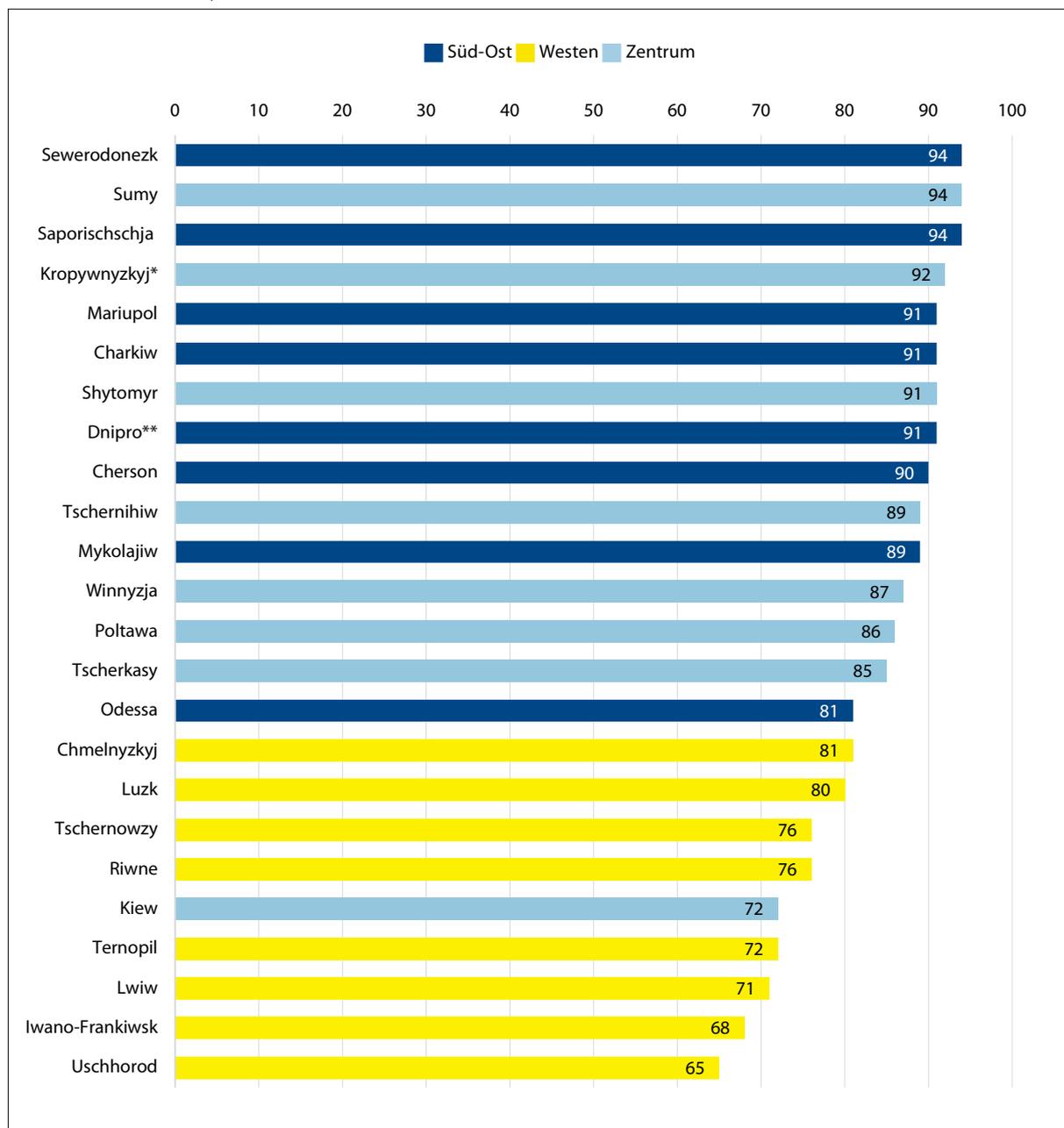
Grafik 1: Wie wichtig ist für Sie Visafreiheit für Reisen in die EU?



Anmerkung: Daten ohne die Krim und die Regionen Luhansk und Donezk.

Quelle: repräsentative Umfrage des Fonds Demokratischer Initiativen (DIF) zusammen mit dem Rasumkow-Zentrum vom 16. bis zum 20. Dezember 2016, <<http://dif.org.ua/uploads/pdf/13816462815863c78c6b27d3.47743328.pdf>>

**Grafik 2: Sind Sie in den letzten fünf Jahren in europäische Länder gereist? (% , nur Nein-Antworten)**



\* ehemals Kirowohrad

\*\* ehemals Dnipropetrowsk

Quelle: repräsentative Umfrage der Rating-Gruppe vom 20. Januar bis zum 12. Februar 2017 im Auftrag des Internationalen Republikanischen Instituts (IRI) mit Unterstützung der kanadischen Regierung <[http://ratinggroup.ua/getfile/248/municipal\\_survey\\_february\\_2017\\_ua.pdf](http://ratinggroup.ua/getfile/248/municipal_survey_february_2017_ua.pdf)>.

## STATISTIK

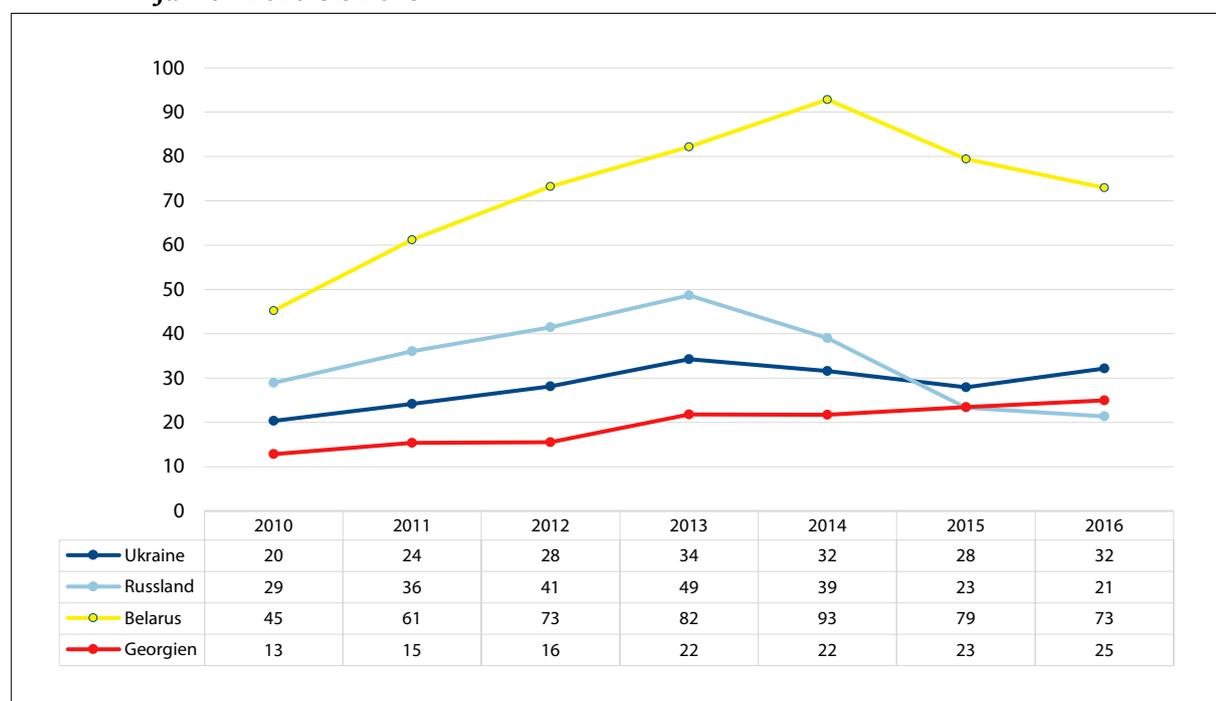
## Erteilte Schengen-Visa für Ukrainer

Tabelle 1: Im Jahr 2016 erteilte Schengen-Visa nach ausgewählten Ländern

Land	erteilte Visa	Visa pro 1000 Einwohner	Ablehnungsrate	Anteil von Mehrfachvisa	Anteil an Gesamtvisa, erteilt im Jahr 2016
Russland	3.134.413	21,4	1,2 %	80,6 %	20,6 %
China	2.110.103	1,5	3,1 %	33,9 %	13,9 %
<b>Ukraine</b>	<b>1.363.347</b>	<b>32,1</b>	<b>3,2 %</b>	<b>59,9 %</b>	<b>9,0 %</b>
Türkei	890.776	11,2	4,4 %	75,8 %	5,9 %
Indien	724.110	0,6	8,2 %	57,4 %	4,8 %
Belarus	695.615	73,2	0,3 %	80,3 %	4,6 %
Kasachstan	124.735	6,9	2,5 %	24,7 %	0,8 %
Georgien	106.024	28,5	12,1 %	32,6 %	0,7 %
Armenien	61.065	20,4	10,9 %	25,7 %	0,4 %

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Europäischen Kommission <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy\\_en#stats](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy_en#stats)>

Grafik 1: Schengen-Visa pro 1000 Einwohner in ausgewählten Ländern Osteuropas in den Jahren 2010 bis 2016



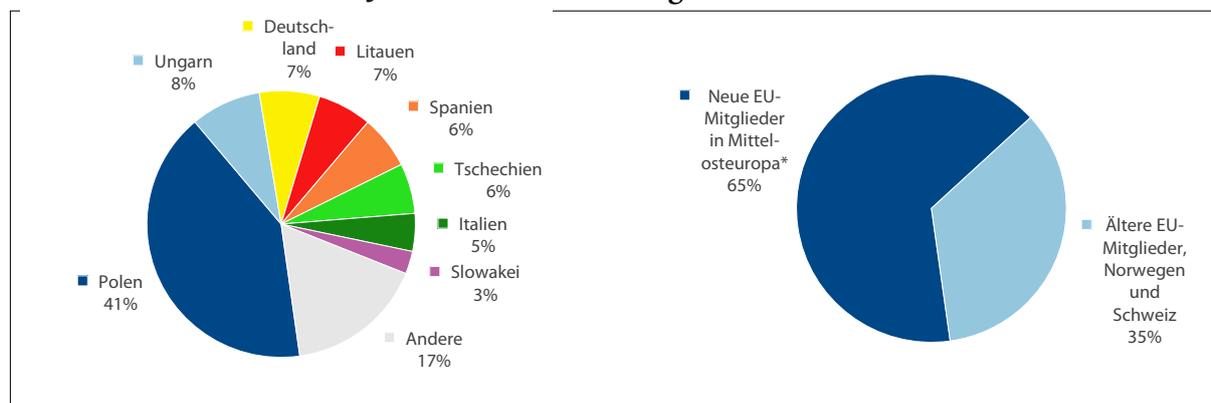
Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der jeweiligen Statistikämter, der Weltbank (Bevölkerungsgröße) und der Europäischen Kommission <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy\\_en#stats](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy_en#stats)>

Tabelle 2: Erteilte Schengen-Visa für Ukrainer in den Jahren 2010 bis 2016

	erteilte Visa	Ablehnungsrate	Anteil von Mehrfachvisa
2010	932.701	4 %	29 %
2011	1.103.391	3 %	35 %
2012	1.283.120	2 %	39 %
2013	1.558.370	2 %	38 %
2014	1.351.757	2,0 %	52,4 %
2015	1.188.357	3,40 %	56,80 %
2016	1.363.347	3,24 %	59,94 %

Quelle: Zusammenfassung der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Europäischen Kommission <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy\\_en#stats](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy_en#stats)>

Grafik 2: Für Ukrainer im Jahr 2016 erteilte Schengen-Visa nach Ländern



\* Polen, Ungarn, Litauen, Tschechien, Slowakei, Lettland, Estland, Slowenien

Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Europäischen Kommission <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy\\_en#stats](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy_en#stats)>

Tabelle 3: Für Ukrainer im Jahr 2016 erteilte Schengen-Visa nach Ländern

	erteilte Visa	%
Polen	560.517	41 %
Ungarn	115.843	8 %
Deutschland	98.775	7 %
Litauen	88.935	7 %
Spanien	88.197	6 %
Tschechien	83.013	6 %
Italien	62.522	5 %
Slowakei	37.543	3 %
Andere	228.002	17 %
<b>Gesamt</b>	<b>1.363.347</b>	<b>100 %</b>
<b>Neue EU-Mitglieder in Mitteleuropa*</b>	<b>891.069</b>	<b>65 %</b>
<b>Ältere EU-Mitglieder, Norwegen und Schweiz</b>	<b>472.278</b>	<b>35 %</b>

\* Polen, Ungarn, Litauen, Tschechien, Slowakei, Lettland, Estland, Slowenien

Quelle: Berechnungen der Redaktion der Ukraine-Analysen nach Angaben der Europäischen Kommission <[https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy\\_en#stats](https://ec.europa.eu/home-affairs/what-we-do/policies/borders-and-visas/visa-policy_en#stats)>

## 24. April – 7. Mai 2017

24.04.2017	Nachdem ein Angehöriger der OSZE-Beobachtermission auf dem Territorium der »Volksrepublik Luhansk« ums Leben gekommen und zwei weitere verletzt worden waren, nachdem ihr Fahrzeug auf eine Landmine aufgefahren war, rufen die USA Russland dazu auf, auf die Separatisten einzuwirken und auf eine Untersuchung des Vorfalls hinzuwirken. Der getötete OSZE-Mitarbeiter war US-Amerikaner. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini spricht den Angehörigen ihr Beileid aus und erklärt, die Schuldigen müssten zur Verantwortung gezogen werden. Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow fordert die Bestrafung der Verantwortlichen infolge eines schnellen und transparenten Ermittlungsverfahrens. Während der Vorsitzende der Mission Ertuğrul Apakan erklärt, die Mission werde trotz des Todesfalles weitergeführt, kündigt der stellvertretende Vorsitzende Alexander Hug eine partielle Unterbrechung der Patrouillenfahrten an.
25.04.2017	Infolge einer Anweisung des Energieministeriums, die am 23. April 2017 bekannt geworden war, unterbricht das zuständige Unternehmen die Lieferung von Strom in die Teile der Region Luhansk, die von Separatisten kontrolliert werden. Das Unternehmen hatte diese Entscheidung zuvor mehrfach gefordert, da die Energielieferungen nicht mehr bezahlt worden seien. Nach Angaben der Separatisten konnten die ausfallenden Lieferungen für soziale Versorgungsleistungen nun von Seiten Russlands und aus der angrenzenden ebenfalls von Separatisten kontrollierten »Volksrepublik Donezk« ersetzt werden. Einige Unternehmen, darunter auch der Kohleabbau, müssten mit Einschränkungen rechnen. Boris Gryslow, der Bevollmächtigte des russischen Präsidenten in der trilateralen Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der OSZE, erklärt am Nachmittag, Russland sei bereit, Strom in die Gebiete der »Volksrepublik Luhansk« zu liefern. Es handle sich dabei um humanitäre Hilfe. Er merkt an, dass infolge der ökonomischen Blockade der Region durch die Ukraine keine Möglichkeit bestanden habe, die Stromlieferungen aus der Ukraine zu bezahlen. Der ukrainische Energieminister Ihor Nasalyk erklärt unterdessen, die Ukraine werde die Lieferungen wieder aufnehmen, wenn die Schulden beglichen würden.
25.04.2017	Die 28-jährige Anastasija Sadoroschnaja wird in einem Wettbewerb zur Chefin der Abteilung für Lustration im Justizministerium gekürt. Zuvor war es aus unbekanntenen Gründen zweimal nicht gelungen, über das Wettbewerbsverfahren einen Kandidaten auszuwählen. Als Lustration wird die Überprüfung von Staatsbediensteten auf in der Vergangenheit begangene Korruptionsdelikte bezeichnet.
26.04.2017	Ein russisches Gericht verurteilt den Krimtataren Ruslan Sejtullajew zu zwölf Jahren Lagerhaft. Ihm war vorgeworfen worden, auf der von Russland annektierten Krim einen Stützpunkt der islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir gegründet zu haben. Die Organisation ist in Russland seit 2003 verboten. Der Angeklagte hatte seine Schuld geleugnet. Er war mit mehreren weiteren Angeklagten bereits im September 2016 zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Das russische Oberste Gericht hatte das Urteil in seinem Fall jedoch aufgehoben und eine Neuverhandlung angeordnet.
26.04.2017	Der Ausschuss der ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten (COREPER) bestätigt die Befreiung ukrainischer Staatsbürger von der Visapflicht bei Einreisen in die EU. Die finale Abstimmung im Rat der Staats- und Regierungschefs wird für den 11. Mai 2017 erwartet.
26.04.2017	Der Stadtrat von Odessa nimmt die Entscheidung des ehemaligen Gouverneurs der Region Odessa, Michail Saakaschwili, zurück, hunderte Namen von Straßen und Plätzen, die sich auf die Zeit der Sowjetunion beziehen, zu ändern.
27.04.2017	Nach Angaben von Walentina Melnikowa, der Vorsitzenden der russischen Menschenrechtsorganisation Union des Komitees der Soldatenmütter, sind im Krieg im Donbass bereits mindestens 1.500 russische Staatsbürger ums Leben gekommen. Sie erklärt allerdings, dass es keine genauen Zahlen gebe – es handle sich um eine Schätzung.
28.04.2017	Nach Angaben des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow bestätigt ein Gericht letztinstanzlich die Konfiszierung von knapp 1,5 Milliarden US-Dollar des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsh, die im Jahr 2015 auf Konten der Oschtschadbank festgesetzt worden waren. Die Mittel würden in den Staatshaushalt überführt.
29.04.2017	Nach Angaben der Agentur Reuters, die sich auf Aussagen eines libyschen Militärs beruft, setzen libysche Sicherheitskräfte westlich der Stadt Tripolis zwei Tanker fest, darunter einen unter ukrainischer Flagge. Die Maßnahme steht im Zusammenhang mit Verdacht auf Erdölschmuggel. Das ukrainische Außenministerium erklärt, den Fall zu prüfen. Bisher liege keine offizielle Bestätigung des Vorfalles vor.
29.04.2017	Nach Angaben des Innenministers Arsen Awakow lehnt Interpol den Antrag Russlands auf Ausstellung eines internationalen Haftbefehls gegen den ehemaligen ukrainischen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk ab. Russland beschuldigt Jazenjuk, im ersten Tschetschenienkrieg in den Jahren 1994 und 1995 auf Seiten der tschetschenischen Separatisten gegen die russische Armee gekämpft zu haben.
29.04.2017	Nachdem am Vortag ein Gericht in Odessa die Aufhebung der Umbenennung einiger hundert Straßen für rechtswidrig erklärt hatte, nimmt nun der Bürgermeister Odessas die damit hinfällige Entscheidung des Stadtrates vom 26. April 2017 zurück. Der ehemalige Gouverneur Michail Saakaschwili hatte die Änderung von Straßennamen, die an die Sowjetunion erinnern, angeordnet. Der Stadtrat hatte diese Umbenennung nun aufgehoben, wogegen die Staatsanwaltschaft Klage eingereicht hatte.

30.04.2017	Die Ratingagentur Fitch korrigiert ihre Prognose für das Wachstum des ukrainischen Bruttoinlandsprodukts für das Jahr 2017 von 2,5 % auf 2 %. Die Kreditwürdigkeit des Landes beziffert die Agentur mit der Note B-. Ein Kredit an Staaten dieser Gruppe ist nach Angaben der Agentur eine hochspekulative Anlage. Bei einer Verschlechterung der Lage seien Ausfälle wahrscheinlich.
30.04.2017	Bei Lokalwahlen im Gebiet Spoljansk der Region Tscherkassy in der Zentralukraine stellen Wahlbeobachter zahlreiche Fälle von Stimmenkauf fest, die allerdings gerichtlich kaum nachzuweisen sind. Unter anderem sei über die Verteilung von Nahrungspaketen und die Verlosung von Wein versucht worden, Wählerstimmen zu gewinnen, so ein Vertreter der Nichtregierungsorganisation Komitee ukrainischer Wähler.
02.05.2017	Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Bundesregierung wolle in Bezug auf den Konflikt im Osten der Ukraine am Format der Minsker Verhandlungen festhalten. Auch Putin bekräftigt die Wichtigkeit der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.
02.05.2017	Bei Kundgebungen anlässlich der Ausschreitungen am 2. Mai 2014 werden in Odessa 14 Menschen festgenommen. Damals war es zwischen nationalistischen Anhängern des Maidan und Gegendemonstranten des so genannten Antimaidan zu heftigen Ausschreitungen und infolgedessen zu einem Brand im Gewerkschaftshaus gekommen. Dabei waren 48 Menschen getötet worden, mehrheitlich Angehörige des Antimaidan. Die Ermittlungen zu dem Fall sind noch immer nicht abgeschlossen.
03.05.2017	Bei Militärübungen im Osten der Ukraine kommt ein Soldat der ukrainischen Armee ums Leben.
03.05.2017	Das Ministerkomitee des Europarates fordert Russland auf, das Verbot des Medschlis, der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren auf der Krim, aufzuheben und seinen Vorsitzenden den Zugang zur Halbinsel zu gewähren. Am 19. April 2017 hatte der Internationale Gerichtshof in Den Haag festgestellt, dass die Maßnahmen Russlands gegen krimtatarische Aktivisten und Organisationen, die mit der Bekämpfung von Extremismus begründet werden, nicht mit den Schutzverpflichtungen für nationale Minderheiten vereinbar seien.
04.05.2017	Ein Gericht ordnet eine Überprüfung der automatisierten Zuteilung von Richtern für das Verfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch durch das staatseigene Unternehmen »Juristische Informationssysteme« an. Zu einer Unterbrechung des Verfahrens wird es allerdings nicht kommen. Damit wird einer Beschwerde von Janukowytschs Verteidigung teilweise stattgegeben. Diese hatte der Generalstaatsanwaltschaft vorgeworfen, sich in die Zuteilung eingemischt zu haben, und auf Unterbrechung des Verfahrens gedrängt.
05.05.2017	Das russische Außenministerium kündigt in einer Erklärung an, Russland werde die Entscheidung des Ministerkomitees des Europarates nicht anerkennen, da sie nicht auf Konsensbasis gefällt worden sei. Die Details des Abstimmungsergebnisses zur Entscheidung im Ministerkomitee des Europarates, dem auch Russland angehört, waren nicht veröffentlicht worden. Am 03. Mai 2017 hatte das Ministerkomitee des Europarates Russland aufgefordert, das Verbot des Medschlis, der inoffiziellen Vertretung der Krimtataren auf der Krim, aufzuheben und seinen Vorsitzenden Zugang zur Halbinsel zu gewähren.
06.05.2017	Der US-Senat verabschiedet das Budget des Jahres 2017. Es sieht Unterstützungszahlungen an die Ukraine in Höhe von 560 Millionen US-Dollar vor, darunter 150 Millionen für Verteidigungsausgaben.
06.05.2017	Die Beobachtermission der OSZE meldet, dass im Jahr 2016 im Donbass 154 Menschen durch Minen oder nicht gezündete Geschosse getötet oder verletzt worden seien.
06.05.2017	Die am 02. Mai 2017 erneut durch Kampfhandlungen unterbrochene Stromversorgung der Filtrationsanlage für Trinkwasser bei Awdijiwka in der Region Donezk wird wiederhergestellt.

*Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.*

*Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum*

*Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.*

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1862-555X © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

# Kostenlose E-Mail-Dienste

## der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de).

### Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

### Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

### Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

### Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

### Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

### Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>